Antifaschistisches INFO Blatt

15

Sommer '91 • 3,– DM

Gegen den Antisemitismus

DDR wird abgewickelt

Antifa-Aktionen zum 20.4.

Polen

Raubtierfreiheit

„Komm zu uns nach dem Westen",
sagte die Schlange zum Frosch
„Hier herrscht die Freiheit.
Hier kann man sich mästen!"
Er hopste.
Sie sagte: „Ich bin so frei"
und ließ ihn sich schmecken



Antifaschistisches Infoblatt
Nr. 15/Sommer '91

V.i.S.d.P.
Kontaktadresse:
L.Meyer
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61



Hallo Antifas, FreundInnen, GenossInnen,

einer der Schwerpunkte dieser Ausgabe ist wieder die Zunahme rassistischen und faschistischen Terrors auf dem Gebiet der **Ex-DDR**. Mit erschreckender Brutalität werden Angriffe auf die dort lebenden ArbeiterInnen anderer Nationalitäten und polnische TouristInnen ausgeführt – Morde sind dabei einkalkuliert. Der 28jährige Dresdner Mocambiquaner Jorge Gomondai ist das zuletzt bekanntgewordene Todesopfer. Doch auch in Dresden regt sich mittlerweile antifaschistischer Widerstand. Darüber und die Lage in Städten an der polnischen Grenze könnt ihr was lesen, sowie über Hintergründe der politischen und ökonomischen Folgen des DDR-Anschlußes.

Wir wollen in diesem Heft eine längst fällige Auseinandersetzung über **Antisemitismus** beginnen. Menschen aus verschiedenen Berliner Antifa-Gruppen veröffentlichen hier ihre Diskussionsergebnisse und schreiben über die vorerst verschobene Abschiebung sowjetischer Juden nach Israel.

Am **20. April** dieses Jahres haben Nazis wieder auf ihre Weise »Hitler-Geburtstag gefeiert«. Obwohl größere Aufmärsche noch ausbleiben, haben die Aktionen und Überfälle nicht nur in der Ex-DDR zugenommen. Eine offensive Aktion gegen Rassismus und Nazi-Terror hat es in Berlin von hauptsächlich jugendlichen ImmigrantInnen gegeben. Ein Aktivist der Antifasist Gençlik berichtet über die Hintergründe und Demo nach Berlin-Lichtenberg.

Des weiteren könnt ihr Artikel über **Polen**, zahlreiche Antifa-Meldungen und Fakten über Neonazis nachlesen. Einen Artikel über den 'Bund gegen die Anpassung' verschieben wir aus Platzgründen auf die nächste Ausgabe.

info red.



Das **Antifa-Info** ist natürlich auch im **Abonnement** zu beziehen. Dies geht folgendermaßen vor sich: ihr schreibt uns eine Karte auf der steht ab welcher Ausgabe ihr das Info beziehen wollt. Wenn ihr die Karte dann in einen Briefumschlag steckt und die passende Knete gleich dazupackt, kann eigentlich nichts mehr schief gehen. Solltet ihr uns das Geld lieber überweisen wollen, so ist auch dies kein Problem: wir teilen euch auf Anfrage mit, wohin die Knete überwiesen werden kann. Noch eins: wir schicken nur noch Abos raus, wenn sie bezahlt sind – also **Cash im Voraus**.

Ein Einzelabo läuft über **5 Ausgaben** und kostet **25,– DM**. Darin ist das Porto für den Versand bereits enthalten. Für Menschen, die mehrere Exemplare bestellen, für WeiterverkäuferInnen, Infoläden, Buchläden etc. gibt es ab jetzt bessere Konditionen, also sowas wie **Rabatt**. Ihr könnt die Bedingungen bei uns erfragen.

Zeitungmachen kostet Geld. Damit wir den Preis (3,–) pro Heft halten können, sind wir auf AbonnentInnen angewiesen. Wir freuen uns über jedes **Förderabo**, das über die 25,– DM hinausgeht. Ihr unterstützt damit unsere Antifa-Arbeit und das Erscheinen dieses Infos.

BRD

KURZMELDUNGEN

NEONAZIS

ANTIFA

ANTISEMITISMUS

INTERNATIONALES

Kohl in Halle



Die DDR wird abgewickelt:

Rassismus, Resignation

Bei seinen Wahlkampfauftritten vor noch nicht einem Jahr von Zehntausenden bejubelt, muß der Bundeskanzler seine Besuche in den neuen Bundesländern (NBL) heute unter Ausschluß der Öffentlichkeit planen und durchführen.
Nur geladene Persönlichkeiten sollen Kohl zu Gesicht bekommen.
Wo sich der kurze Kontakt zur »normalen« Bevölkerung nicht vermeiden läßt, gerät der »Triumphzug« des vergangenen Jahres zum »Spießrutenlauf«. Nur wenige Getreue, die ihrem Kanzler die Hand schütteln wollen, finden sich ein. Mindestens ebensogroß ist die Schar der Gegendemonstranten, die den Kanzler mit den LPG-Produkten eindecken, die der Einzelhandel nicht mehr abnehmen will.

Die Bilder von Halle verdeutlichen die Stimmung in den neuen Bundesländern. Die große Masse hat sich enttäuscht und resigniert zurükgezogen. Es sind nur noch wenige, die sich an den ehemals gehegten Hoffnungen festklammern oder die zu den Gewinnern der Entwicklung zählen. Aber auch die Zahl derjenigen, die protestieren und Widerstand leisten, ist noch (?) gering. Wo sich Teile der Bevölkerung, Belegschaften, Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes zur Wehr setzen, geschieht dies isoliert, ohne längerfristige Perspektive, ohne Ausssicht auf dauerhaften Erfolg. Entscheidungen über Betriebsschließungen und Entlassungen, über die Beendigung der Kurzarbeiterregelung werden nur verschoben, nicht grundsätzlich aufgehoben. Dahinter steckt das Kalkül der Herrschenden, sozialen Auseinandersetzungen soll vorgebeugt werden. Sie wollen sehen wieweit sie gehen können, ohne daß die Unruhe in offenen Widerstand umschlägt.

Die »schlechte« Stimmung schlägt sich deutlich in den Meinungsumfragen wieder. Nur noch 28 Prozent der ehemaligen DDR-Bürger würde heute die CDU wählen (Spiegel vom. 21.5.'91), im Dezember '90, zu den Bundestagswahlen, waren es noch über 40%. Auch in den westlichen Bundesländern sieht es für die CDU nicht viel besser aus. Sie mußte bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz die Quittung zahlen für ihre nicht eingehaltenen Versprechungen (Vereinigung zum Null-Tarif, keine Steuererhöhungen). Die SPD hat sich dort inzwischen mit der FDP geeinigt und stellt im Bundesrat die Mehrheit. Kohls Stuhl gerät ins Wanken; der »Kanzler der Einheit« droht zu ihrem prominentesten »Opfer« zu werden. **Nur, Entäuschungen allein und ein anderes Wahlverhalten schaffen noch keine Voraussetzungen für eine Perspektive.**

Der Kollaps der DDR-Wirtschaft

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern befindet sich in einem nicht aufzu-



und Widerstand

haltenden Strudel des Niedergangs. Mit der Öffnung der DDR hatte der bundesdeutsche Handel den Inlandsmarkt überflutet und die ostdeutsche Konkurenz in vielen Bereichen fast völlig verdrängt. Die Währungseinheit ließ den Außenhandel mit den ehemaligen RGW-Partnern zusammenbrechen. Was an produktiven Werten noch übriggeblieben ist, eignet sich das westdeutsche Kapital für ein Butterbrot an; was als Konkurenz gefährlich werden könnte (z.B. der Schiffsbau der angeschlagenen westdeutschen Werftindustrie oder Interflug der Lufthansa) soll reduziert oder liquidiert werden. **Die Treuhandanstalt (THA) dient als Instrument des Ausverkaufs. Noch unter der Regierung Modrow am runden Tisch ins Leben gerufen, sollte sie treuhänderisch das Volksvermögen verwalten. In den Händen der Bundesregierung wurde sie zu einer Institution zur Enteignung der DDR-Bevölkerung.**

Ein Heer von Spekulanten und Absahnern ist über die DDR hergefallen. In dem gnadenlosen Konkurenzkampf stehen die Beschäftigten oder Interessenten aus den neuen Bundesländern den kapitalkräftigen Mitbewerbern aus dem Westen chancenlos gegenüber, die erhalten von der THA fast immer den Zuschlag. Das Werk der Enteignung vervollständigen die alten Großgrundbesitzer, der Adel, Unternehmer und Immobilieneigentümer, die, unter Berufung auf den Einigungsvertrag, ihren alten Besitz zurückfordern. Darunter befinden sich nicht wenige, deren Familien in der Zeit von '33–'45 ganz »legal« von ihren jüdischen Mitbürgern erworben hatten.

Die Opfer der damaligen Enteignungen und ihre Erben können keine Ansprüche mehr stellen, sie wurden zum größten Teil in den Konzentrationslagern der Nazis ermordet. Das bundesdeutsche Gesellschaftsmodell feiert seinen Einstand in der DDR; das gilt auch für sein Verhältnis zur jüngeren Geschichte, zur Zeit des Faschismus. Die neue, größere BRD sieht sich juristisch als Nachfolgerin des Deutschen Reiches und nicht der DDR und BRD. So können eventuelle Ansprüche von DDR-Bürgern abgewiesen werden.

Umverteilung von unten nach oben

Unaufhaltsam steigt in den neuen Bundesländern die Zahl der Kurzarbeiter und Arbeitslosen. Aber nicht nur mit dem Verlust ihrer, in der westlichen Gesellschaft unproduktiven Arbeitsplätze haben die DDR-Bürger für die Einheit zu zahlen. Was ebenfalls auf der Strecke bleibt, sind die sozialen Einrichtungen: Abbau der Mitsubventionen, Schließung von Polikliniken, Altenbetreuung, Kindergärten, Jugendclubs etc..

Das soziale Netz wird zurechtgestutzt auf westdeutsche Niveau, nur mit einem wesentlichen Unterschied: Die Löhne und damit das Arbeitslosengeld sowie die Renten betragen nur etwa 50% der vergleichbaren Einkünfte in den alten Bundesländern. 16 Millionen Einwohner werden zu Bürgern zweiter Klasse. Die Hoffnungen auf den Aufschwung,

auf eine Anderung der Situation sind in weite Ferne geruckt.

Nach zunehmender Unruhe und Protesten in den NBL hat die Bundesregierung ihr Programm »Aufschwung Ost« verabschiedet; sie verweist auf die Milliarenbetrage, die sie dafur zur Verfugung stellt. Verschwiegen wird eine Tatsache. Auf etwa 800 Milliarden DM hat Rohwedder den Wert der Betriebe und Immobilien geschatzt, die die Treuhand privatisieren und sanieren soll. Was davon in die Taschen westdeutscher Banken und Unternehmen fließt und was dem Aufbau in den neuen Bundesländern zugute kommt, daruber laßt sich nur spekulieren. Das Beispiel der Deutschen Bank ist allerdings dafur aufschlußreich.

Währen der Verhandlungen uber den Staats- und den Einigungsvertrag wurde von Seiten der DDR immer wieder die Forderung nach Entschuldung der Betriebe laut, um ihnen bessere Ausgangsbedingungen auf dem gemeinsamen Markt zu verschaffen. Die Forderung nach Entschuldung war durchaus logisch und sinnvoll. Da die Kombinate und Betriebe in der DDR fast alle ihre Gewinne an den Staat abzufuhren hatten, waren sie gezwungen, großere Investitionen uber Kredite der Staatsbank zu finanzieren. Die Schulden, die dadurch entstanden, waren rein fiktiv, sie wurden nicht mit den Gewinnen, die der Staat einzog, verrechnet. Die Forderung nach Entschuldung scheiterte am Widerstand der Bundesregierung.

»*Die DDR wurde bankintern* (von der Deutschen Bank) *bereits als Inlandsmarkt betrachtet.... Im Juli 1990 konnte das Kreditinstitut auf 140 Filialen in der DDR verweisen, dank eines Joint-ventures mit der Kreditbank AG, Nachfolgerin der Staatsbank und mittlerweile mit der Deutschen Bank AG verschmolzen. Offiziell rund sieben Milliarden DM Forderungen an ehemalige DDR-Firmen meldet die Deutsche Bank. Neben der Vorfreude auf die Ruckzahlung dieser geschenkten Kredite beschaftigen sich die Großbanken mit dem Geldsammeln. Die Deutsche Bank sammelte 13,4 Milliarden DM Einlagen bis Ende 1990 bei den Brudern und Schwestern ein und betreut heute 900.000 Konnten in der Ex-DDR*« (taz vom 23.5.'91).

Fur viele DDR-Betriebe bedeuten die Schulden das Aus. Hatte eine Firma z.B. vor Jhren fur 100 Millionen DM investitionsguter aus dem Westen gekauft, so mußte sie dafur bei der ehem. Staatsbank 400 Millionen Ostmark (Umtauschkurs damals 1:4) als Kredit aufnehmen. Nach der Wahrungsunion mit der Umstellung 1:2 bleiben ihr jetzt 200 Millionen DM Schulden bei der Deutschen Bank.

Die Milliarden fur den »Aufschwung Ost« haben im wesentlichen die westdeutschen Steuerzahler aufzubringen. Wahrend die Bundesregierung an der Senkung der Unternehmens- und Einkommenssteuer festhält, soll die Lohnsteuer um 7,5% erhoht werden. Die Erhohung der Verbrauchssteuer, z.B. der Mineralolsteuer um 25 Pfennige pro Liter, wird von der Unternehmen uber die Preise wieder auf die Kaufer abgewalzt. So sind es im wesentlichen die abhangig Beschaftigten auch in der alten BRD, die fur die »Kosten der Einheit« zur Kasse gebeten werden. Gleichzeitig weisen die Umsatze und Gewinne der Unternehmen durch den größeren Inlandsmarkt zum Teil zweistellige Zuwachszahlen auf. Hinzu kommen auch in den alten Bundeslandern die Einsparungen bei den offentlichen Ausgaben, in erster Linie im sozialen Bereich.



November '89: eine »friedliche Reveolution«?

Es ist nicht viel, was die DDR-Burger in die Einheit einbringen durften, was ihnen nach einem Jahr Währungsunion noch geblieben ist. Wenn von DDR-Errungenschaften erzahlt wird, so in erster Linie von der »friedlichen Revoltion '89«. Es gibt zur Zeit kaum eine Rede von Kirchenvertretern, von Politikern oder Gewerkschaftsvorsitzenden an die Bevölkerung der NBL, in denen nicht an ihre Tugenden der Gewaltlosigkeit und Friedfertigkeit appelliert wird. Sehen wir uns deshalb das Gerede von der »friedlichen Revolution« etwas genauer an. Friedfertig, d.h. ohne ernsthafte Gegenwehr und ohne Blutvergießen, vollzog sich der Ruckzug der alten Staats- und Parteifuhrung. Was sich seither in den NBL entwickelt hat, straft das Gerede von der Gewaltlosigkeit Lugen. Selbst die burgerlichen Zeitungen kommen nicht umhin von Zeit zu Zeit diese Entwicklung zu beklagen:

- den rasanten Anstieg der Selbst mordrate,
- die zunehmende Gewalt innerhalb der Familien, gegen Kinder und Frauen,
- die nationalistische Randale bei Fußballspielen,
- immer mehr rassistische Uberfalle. Sie werden immer brutaler, selbst vor Mord schrecken die Nazi-Banden nicht mehr zuruck.

Die Berichte aus Frankfurt/O, Dresden, aus den Kleinstadten Brandenburgs, Sachsens und Thuringens stellen inzwischen ahnliche Vorkommnisse, wie wir sie aus Gottingen oder Dortmund kennen, weit in den Schatten (siehe Artikel z. Dresden). Die Auflosung alter gesellschaftlicher Strukturen und staatlicher Institutionen, das Gefuhl der Entwicklung hilf-

los ausgeliefert zu sein, setzt eine Welle individueller Gewalt frei. Wir haben in den vergangenen Ausgaben des Infos dargestellt welche Ursachen chauvinistisches und rassistisches Fühlen, Denken und Handeln nach unserer Meinung in der DDR hatten. Daß es sich in einer solchen Breite und Intensität entladen kann, hat seine Grunde allerdings in den neuen Verhältnissen.

Der Hinweis auf das »Versagen des Sozialismus«, auf die »Uberlegenheit der bundesrepublikanischen Gesellschaft« auch auf diesem Gebiet, hinkt. Wie würde sich die Situation in den alten Bundesländern darstellen, wenn ganze Regionen mit einer Arbeitslosenquote von 50% und mehr in den nächsten Jahren leben müssten. Welche Kräfte von Haß und Gewalt, vom Kampf jeder gegen jeden, würde freigesetzt, wenn in der BRD die gesellschaftlichen Strukturen und die »staatliche Autorität« zusammenbrechen würde.

Die Interessen der Herrschenden

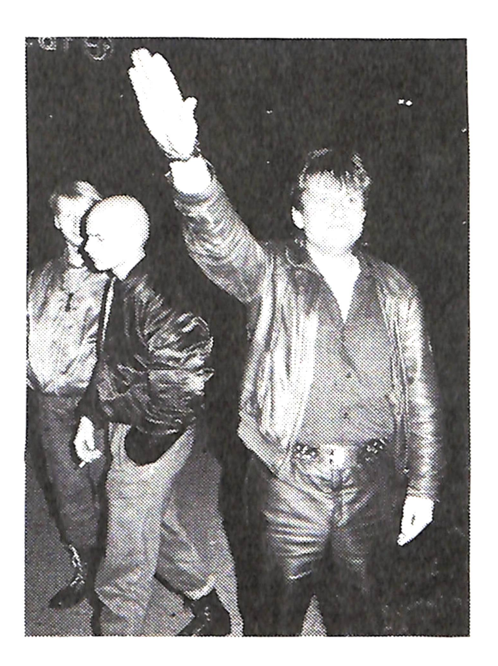
Wenn von bundesdeutscher Polit-Prominenz auf die »friedliche Revolution« verwiesen wird, wenn sie die Bevölkerung in den östlichen Bundesländern zur Gewaltlosigkeit auffordern, dann meinen sie aber eine andere Gewalt. Auch das ist mit dem Kohl-Besuch in Halle deutlich geworden. Keine etablierte Partei, kaum ein Politiker des Bonner Parlaments, der sich nicht von den »ungeheuerlichen« Vorgängen distanziert hat. Gegen den ertappten, stellvertretenden Juso-Vorsitzenden von Halle wurde prompt ein Parteiordnungsverfahren angestrengt, dem er durch seinen Austritt zuvorkam; eine Untersuchung über den unzureichenden Polizeischutz für den Bundeskanzler wurde eingeleitet, der zuständige Innenminister muß Rechenschaft ablegen. Tagelang beherrschten ein paar Eierwürfe die politische Diskusion und die Medien.

Weniger Gehör finden die Appelle von SozialarbeiterInnen oder von den Ausländerbeauftragten. Wo sich Gewalt individuell entlädt oder gegen die Minderheiten und Schwachen der Gesellschaft richtet, wird sie für die Verhältnisse und die Regierenden nicht zu einer Gefahr, Im Gegenteil, sie lenkt von den Ursachen ab und kann für die Interessen der Herrschenden noch genutzt werden. Die Bilder, die nicht in Millionenauflage in die bundesdeutschen Wohnstuben gebracht werden, sprechen für sich: Unter den Augen der Polizei auf Polen einpruglnde, rechtsextreme Skins, von Großaufgeboten der Staatsmacht geschützte Naziaufmärsche, oder die Duldung von Angriffen auf besetzte Häuser. Zur Einschüchterung der Linken und von Flüchtlingen und Emigranten, die sich organisieren und zur Wehr setzen, leisten die Faschisten nützliche Dienste.

Was kann die Antifa tun?

Während Hunderttausende ihrer Abwicklung, der Schließung ihrer Betriebe mit Enttäuschung, Zorn aber auch Hilflosigkeit zusehen müssen, werden von den Oppositionsparteien eine Reihe von Rezepten angeboten, wie der sozialen Misere beizukommen sei. Die Gewerkschaften appellieren an die soziale Verpflichtung der Bundesregierung, die SPD versucht in einer gemeinsamen Kommission mit den Koalitionsparteien ihre Vorschläge an den Mann/Kanzler zu bringen. Das Bündnis 90/Grüne und die PDS fordern die Wiederbelebung des »Runden Tisches« in den vom Kahlschlag und Massenarbeitslosigkeit betroffenen Regionen. Soziale Verantwortung, die Sqanierung von Arbeitsplätzen soll Vorrang vor den Profitinteressen der Unternehmer und den Einsparungswünschen der Bundesregierung haben. Doch die halten von all den Vorschlägen wenig, sie widersprechen ihren Interessen.

Der zunehmenden rechtsextremen Gewalt Jugendlicher soll mit ähnlichen Vorstellungen entgegengetreten werden: mit verstärkter Aufklärung an den Schulen, durch den Dialog mit den Jugendlichenm und den Organisationen, die auf deren Aktivitäten ihre braune Suppe kochen, mit Appellen an die »verantwortlichen« Innenminister und die Polizei, die ihren »demokratischen Verpflichtungen« nachkommen sollen. Auch in diesem Bereich verhallen die Vorschläge und Aufforderungen ungehört; die Parteien und Gewerkschaften haben längst ihren Einfluß auf große Teile der Jugend eingbüßt, die sich jetzt so zahlreich der rassistischen und faschistischen Rechten zuwendet. Der Staatsapparat versucht die braunen Organisationen für seine Zwekke zu nutzen, das machen viele Beispiele deutlich.Auch wir stehen der sozialen Misere, der zunehmenden Gewalt von rechts oft hilflos gegenüber; wir sind nicht in der Lage von heute auf morgen diesen Prozeß zu stoppen oder umzukehren. **Wir haben es uns allerdings zur Aufgabe gemacht, die Initiativen und Gruppen zu unterstützen, die sich zur Wehr setzen, die es nicht bei Worten und Appellen belassen wollen. Hier können wir durch gegenseitige Informationen und praktische Unterstützung, durch den Ausbau gemeinsamer Strukturen, die Voraussetzungen schaffen für eine Stärkung der antifaschistischen Linken und für eine wirksamere Unterstützung Betroffener. Dabei dürfen wir die sozialen und innenpolitischen Veränderungen nicht aus dem Auge verlieren. Die Solidarität mit sozialen Abwehrkämpfen, mit den Protestlern von Halle gehört ebenso zu unserer Arbeit. Die antifaschistische Bewegung kann nur wachsen und stärker werden, wenn auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen die Bereitschaft zur Gegenwehr größer wird.**



Neonazis in Leipzig

Das Info will mit Artikeln und Berichten einen praktischen Beitrag zur stärkeren Information und Vernetzung der antirassistischen und antifaschistischen Initiativen leisten. Deshalb schickt uns Berichte aus den neuen und alten Bundesländern, schreibt uns, ob das Info die Aufgabe erfüllt, was wir verändern und verbessern sollten, sagt uns Eure Meinung. Eine breite und lebendige Diskussion auch im Info fördert das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen und verbessert dadurch die praktische Zusammenarbeit.

Dresden

Rassistischer Mord am Platz der Einheit

Nº.
Nome Jorge Joao
Gomondai
Data de nasc. 27 12 62
Ocupação [illegible]
Rotariario
Organizacao de base
[illegible]
Data de admissao [illegible] 12/88



SECRETARIO GERA

ASSINATURA

Unterstützt die ausländischen ArbeiterInnen!

Zusammen gegen Rassismus und Faschismus!

Ostern in Dresden. An diesem Wochenende veranstalten Nazigruppen ein Wehrsportgruppentreffen in der sächsischen Hauptstadt. Dazu sind Faschisten aus dem Bodenseeraum und Berlin angereist – die wenigen Linken, die sich gegen den andauernden Terror wehren wollen, erwarten Angriffe ähnlich denen zu Sylvester.

Jorge Gomondai aus Mocambique ist in der Nacht zum Ostermontag alleine auf dem Nachhauseweg. Er steigt in die Straßenbahnlinie 7 nach Gorbitz, der Hochburg der Dresdner Nazis. Die anderen zwei Fahrgäste des Straßenbahnwagens steigen eiligst aus, als eine Gruppe von *»Jugendlichen aus dem rechtsradikalen Spektrum«* zusteigt – Jorge Gomondai ist ihnen alleine ausgeliefert. Sie werfen ihn aus dem Waggon auf das Straßenpflaster, nachdem sie ihn vorher zusammengeschlagen haben. Dort findet ihn eine Straßenbahnschaffnerin – Nähe 'Platz der Einheit'.

Ein Überfall wie viele im letzten Jahr, doch der 28jährige Arbeiter kommt bis zu seinem Tod nicht mehr zu Bewußtsein. Am 6. April 1991 erliegt er nach einigen Operationen im Krankenhaus seinen Verletzungen. Es ist nicht der erste rassistische Mord in der Ex-DDR. Den ArbeiterInnen aus Angola, Mocambique und Vietnam schlägt eine Welle des Hasses entgegen. Überfälle, Mordrohungen und Mordversuche, sowie Schutzgelderpressungen sind an der Tagesordnung. Ein großer Teil der ehemals 180.000 ArbeiterInnen aus anderen Ländern hat die Ex-DDR schon verlassen – der Rassismus macht sie zu den Opfern der deutschen Einheit.

Das Polizeiverhalten in Dresden ist typisch. Als die alarmierte Polizeistreife Jorge Gomondai auf dem Straßenpflaster findet, hält sie ihn für »besoffen«, noch nicht einmal die Namen der Zeugen des Überfalls werden festgestellt. Die Ermittlungen beginnen erst mit der Nachricht vom Tode. In der Mordnacht registriert die Polizei Hakenkreuzschmierereien und *»Sieg Heil«*-Rufe in Gorbitz, sowie Überfälle auf die Dresdner Neustadt. An einer Wand des Jugendclubs »Espe« steht: *»Jorge du bist nicht der letzte, wir kriegen euch alle.«* Doch die '**Kameradschaft Gorbitz**' als Nutzer dieser Räume, distanziert sich auf einer Pressekonferenz von Gewalt und pflegt ihre Verbindungen zu der '**Wehrsportgruppe Hans-Joachim Peiper**' und dem '**Verband der Sächsischen Werwölfe**' weiter.

7.000 Menschen waren zum Trauermarsch für Jorge Gomondai gekommen. Nach der Trauerfeier zogen sie zu der Stelle, an der Jorge Gomondai ermordet worden ist. Zweimal wird der Zug von 80 – 100 Nazis angegriffen doch zum ersten Mal treffen sie auf Widerstand und werden von DemonstrantInnen in die Flucht geschlagen. Nicht-Deutsche TeilnehmerInnen am Trauerzug tragen Plakate: *»Jeder von uns kann der Nächste sein«.*



Oben:
Trauerzug für
Jorge Gomondai
in Dresden

Links:
Neonazis stören
den Trauerzug

Neonazis verfolgen und stören den Trauermarsch



Beginnender antifaschistischer Widerstand

In der letzten Ausgabe berichteten wir über die bedrohliche Zunahme von faschistischer Gewalt und Organisationsbildung in Dresden. Zur allgemeinen Situation in Dresden drukken wir an dieser Stelle einen Leserbrief des Dresdner Neustadt-Magazins »Anton« ab. Es versteht sich von selbst, daß die Redaktion nicht in allen Punkten der gleichen Meinung ist wie der Autor, trotzdem stellt dieser Artikel unserer Meinung nach die spezifische Dresdner Situation sehr gut dar. Am Osterwochenende ist der mocambiquanische Arbeiter Jorge Gomondai von Faschisten zusammengeprügelt und aus der Straßenbahn geworfen worden. Er erlag wenige Tage später seinen Verletzungen. Damit und mit der Veränderung der Situation seit dieser Zeit beschäftigt sich der zweite Artikel.

Was tun? Deutschland, Nazis und kein Ende? Kennengelernt habe ich die Dresdner Neustadt während der Aktivitäten zur Bunten Republik Neustadt im vergangenem Sommer. Eine Woche vor der Währungsunion wurde hier eine Mischung aus Stadtteilfest und Woodstock abgefeiert, die es in sich hatte. Der Kiez lebte auf, mit einer eigenen »Währung«, mit eigenen, alternativen Vorstellungen davon, als Menschen zusammenzusein...

Was ist davon übrig geblieben?

Wir wollten eine HERRschaftsfreie Zone. Stattdessen erleben wir hier einen Wahnsinn mit System. Kaum eine Woche, in der wir nicht von einer Bande wildgewordener Nazis terrorisiert worden sind. Wir wollten einen Kiez ohne Waffen.

Stattdessen laufen sie hier mit Baseballschlägern, Eisenrohren und Knarren herum und müßten von uns eigentlich entwaffnet werden, wenn wir uns weiterhin ernst nehmen wollen... Aber wir holen lieber die Polizei. Wir demonstrieren in einem waffenstarrendem Polizeikessel für Toleranz...

Wir wollten den aufrechten Gang, aber jetzt halten wir stattdessen Antifa-Plenum mit einem Vertreter des Innenministers. Da geht es dann nicht mehr um unsere Zukunft und wie wir sie in diesem Stadtteil angesichts all dieser Gewalt weiterleben können, sondern um die Zu-kunft der Täter und wie wir sie wohl am besten integrieren können.

Spielen unsere eigenen Ziele und Träume überhaupt keine Rolle mehr? Eins haben diese braunen Horden wohl schon geschafft. Alle rufen nach mehr Polizei und das zu Zeiten, wo das Parlament gerade ein Gesetz über die Aufgaben der Polizei berät. Da gibt es keinen kritischen Geist gegen den Polizei- und Obrigkeitsstaat mehr. Später werden sie dann als neue Polizisten resozialisiert und integriert sein, unsere Nazis, und wir wollten doch eine Bunte Republik Neustadt. Stattdessen droht die Bullen Republik Neustadt.

Mich kotzt es zunehmend an, zuzusehen, wie Abend für Abend das Naziproblem von uns selber verniedlicht wird. Da sitzen wir in der Kneipe und, wenn wir nicht gerade von ihnen überfallen werden, sollen wir mit ihnen wohl Bier trinken. Aber jeder hat da wohl seinen Lieblingsskin, dem er dann doch zuprosten kann. Wir fragen uns, ob wir »Nazis raus!« fordern können, wenn wir nicht wissen, wo sie hinsollen. Aber wenn wir hier selber rausfliegen, mit scharfen Waffen und Brandsätzen angegriffen und ausgeräuchert werden, dann fragt keiner mehr, wo wir überhaupt noch hinsollen.

Das werden wir von den Nazis auch nicht erfahren, wenn wir mit ihnen am Biertisch reden. Stattdessen werden wir



Trauermarsch in Dresden

mit 90%iger Wahrscheinlichkeit nur ausgehorcht, um von einer militärisch und kadermäßig organisierten Streitkraft besser angegriffen werden zu können. Sie üben ihren Bürgerkrieg und wir üben unsere Opferrolle.

Da werden Obernazis gesichtet, deren Nahmen im Westen für Mord und in Verbindung mit dem Attentat aufs Oktoberfest steht. Eine Nachfolgeorganisation für eine verbotene Wehrsportgruppe wird aufgebaut, die ständig an der Gewaltspirale dreht, um es ihrem Vorbild irgendwann gleichzutun. Und wir halten Dialog mit »gemäßigten Nazis« und glauben, mit ein bißchen mehr Polizei und ein bißchen weniger »Extremismus« sowie betreuten Freiräumen für rechte Jugendliche in ihren Wohngebieten sei es getan.... Da wird doch einiges durcheinander geschmissen. So erhalten die Obernazis mit unserer Unterstützung ihre neuen Kommandozentralen und Rekrutierungsfelder. Was sie vorhaben, gehört aber verboten, und nicht unterstützt.

Wenn in dieser Stadt eine militärische Gruppe besteht, die planmäßig und systematisch einen ganzen Stadtteil aufrollt, sollen ihre Drahtzieher enttarnt, ihre Nazi-Befehlsgeber hinter Schloß und Riegel gesteckt und ihre Wehrstruktur zerschlagen werden. Gleichzeitig sollte daran gearbeitet werden, daß die Dauerpräsenz von Polizei und die Notwendigkeit von Verboten und Inhaftierung der Fascho-Kriminellen so schnell als möglich überflüssig wird. Und das betrifft dann in der Tat auch Freiräume, aber dies für eine radikale Bewegung von Jugendlichen, BEVOR diese den Nazis in die Fänge geraten..., und nicht erst für die Verführten und die Verführer.

Lernziel: Solidarität

Fatal scheint mir im Sinne einer solchen, auf Emanzipation zielenden Politik, das ewige Gesäusel gegenüber Extremismus. Ich kann es nicht mehr hören. Zu Recht beklagen Kinder und Jugendliche ihre beschissene Situation und wollen – im übrigen auch hier in der Neustadt – eine grundsätzliche Änderung.

Diese werden sie jedoch nur erreichen, wenn sie nicht mehr irgendwelchen deutschen Führernaturen hinterherlaufen, sondern wenn sie die Dinge selbst in die Hand nehmen, so »extremistisch« und radikal wie notwendig. Konflikte werden auch durch die Einschaltung sozial-psychatrischer Dienste nicht überflüssig. »Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!« ...auch das ist ein Gebot der Marktwirtschaft. Wenn du deine Stimme nicht erhebst, wo du Opfer bist, kommst du unter die Räder. Der Nazianhang verschenkt diese Stimme an skrupellose Rattenfänger, die von interessierten Kreisen der Rüstungsindustrie freigehalten werden. Da schreibt ein gewisser F.K. in der Stadtteilzeitung »Anton« über eine Dialogveranstaltung mit Nazis, »linke und rechte sind gemeinsam gegen den Krieg am Golf«. Weit gefehlt! Die Führer der Nazis betreiben die Politik ihrer Sponsoren, die zuvor ihr Geschäft mit Giftgas und Tod gemacht haben und wollen Freiwilligentrupps für Saddam Hussein aufstellen. Das ist ihr wahres Gesicht.

Denn nur das ist wahrer Gaskrieg (oder gar eine Gaskammer), was auch von Deutschen betrieben wird.... Wie ekelhaft!

Es war noch immer das Geschäft der Reaktion in diesem Lande, alle armen Schweine aufeinanderzuhetzen, um dann »gegen Extremismus« zu argumentieren. Deutsche gegen Juden, Ausländer und Zigeuner gegen die Linken, aber auf keinen Fall gegen das Kapital und die Verantwortlichen für die Misere. Dieses Deutschland braucht seine Nazis wie der Fixer seine Spritze. Sie helfen, die Unzufriedenheit in ein Obrigkeits- und Führerdenken zu kanalisieren, welches für die Option einer militärischen Großmachtpolitik unerläßlich ist. Sie zerstören die Solidarität der Benachteiligten.

Diese deutsche Elend läßt sich allerdings nicht durch Sozialarbeit und –psychatrie beseitigen. Ein ganzes Volk läßt sich nicht auf die Couch der Analytiker und Therapeuten legen und Konflikte zwischen arm und reich, AusländerInnen und Deutschen lassen sich schon gar nicht »harmonisieren«. Vielmehr geht es darum, Platz zu schaffen, solche Konflikte auf eine vernünftige Weise auszutragen, um Mißstände zu lösen. Das Lernziel »Solidarität« sollte verfolgt werden.

Eine neue Bunte Republik Neustadt muß her – eine Stadt, in der Menschen, ob Ausländer oder deutsch, in einer sozial-solidarischen und umweltverträglichen Art und Weise miteinander leben. Sonst heißt es wirklich nur noch: Deutschland, Nazis und kein Ende! ■

Die Dresdner Antifas haben nach der erfolgreichen Abwehr des faschistischen Angriffs auf den Trauerzug Mut bekommen. So konnte auch der nächste Überfall von Dirk Vogel und seiner Gruppe am selben Abend auf die Dresdner Neustadt zurückgeschlagen werden. Das war auch für die Nazis eine neue Erfahrung haben sie bisher doch fast nur Menschen gejagt, die sich nicht oder kaum gewehrt hatten.



Antifademo am 20.4. in Dresden

Auf Grund der unerträglichen Situation und des befürchteten Aufmarsches der Faschos beschloß die Dresdner Antifa, am 20.4. eine antifaschistische Demo durchzuführen. Dieser Beschluß hatte sich erst nach langen Diskussionen durchgesetzt, da viele der Meinung waren, es sei, und speziell an diesem Tag, viel zu gefährlich zu demonstrieren.

Die ideologischen Schwierigkeiten damit, die Demo an dem Feiertag des politischen Gegners durchzuführen, kamen als erstes zur Sprache. Letzten Endes setzten sich aber diejenigen durch, die die Meinung vertraten, man müsse in Dresden, wo die Straße (noch) den Faschos gehört, ihnen diese genau an ihrem größten Feiertag wegnehmen.

In der Demovorbereitung wurde dann ein weiteres Problem so richtig bewußt. In der EX-DDR ist das Verhältnis zwischen der linken Szene und den Bullen ein grundlegend anderes als in der übrigen BRD.Das liegt zum einen daran, das die Ost-Bullen einfach mal doch noch anders drauf sind und es in Dresden an der Tagesordnung war, das sich die Bullen schützend vor die Neustadt gestellt haben, sofern sie die Möglichkeiten dazu hatten. Ohne sie hätten die Linken dort wahrscheinlich noch entschieden mehr aufs Maul bekommen. Zum anderen ist demzufolge natürlich auch die Einstellung zur Polizei eine etwas andere.

Da die Polizei für den 20.4. die großen Straßenschlachten auf sich zukommen sah, reagierte sie mit dem Einflug von Massen an Bundesgrenzschützern, die Dresden vor den »Chaoten« schützen sollten. Damit standen sich also erstmals Autonome aus dem gesamten Bundesgebiet und West-Bullen in Dresden gegenüber.

Die unterschiedlichen Auffassungen über das Verhalten auf und nach der Demo stellten sich dann auch auf der Vollversammlung am Abend vorher heraus. Leider muß festgestellt werden, daß viele der Auswärtigen viel zu sehr auf *»ihre Erfahrungen im antifaschistischen Kampf«* beharrten, als das sie sich bemühten, die Dresdner Situation zu begreifen und sich

darauf einzustellen. Gleichfalls stellte sich aber auch schon an dieser Stelle heraus, daß die Demo von Dresdner Seite ungenügend vorbereitet war. Für den nächsten Tag wurde noch ein eigener, in der Neustadt gelegener Treffpunkt vereinbart, damit die Ortsunkundigen nicht allein zum Demotreffpunkt finden müssen.

Der Demoverlauf

An diesem Treffpunkt, dem Cafe »La Mitropa«, erschien auch der Einsatzleiter der Ost-Polizei und bat nochmal alle eindringlich, ihre Waffen dortzulassen, da sie damit sowieso nicht durch die Vorkontrollen kommen würden. Ein Großteil der DemonstrantInnen ging darauf ein.

Zu den 300 Leuten (davon vielleicht knapp 100 aus Dresden) an diesem Treffpunkt kamen nochmal ca. 200 Leute aus den Dresdner Burgerbewegungen, PDS etc. am allgemeinen Demotreffpunkt hinzu. Diese nicht allzu hohe Zahl ist wahrscheinlich unter anderem auch der relativ kurzen Mobilisierungszeit von nur einer Woche zuzuschreiben. Die Demo wurde ab Anfang an in ein loses BGS-Spalier genommen, deswegen passierte den einzeln drumherum stehenden Faschos auch nichts größeres. Das Spalier war auf der VV am Vorabend bereits diskutiert worden. Dabei spielte die Meinung der Dresdner die ausschlaggebenste Rolle, die nichts gegen das Spalier unternehmen wollten, weil es für sie bis zu diesem Tag immer eine schützende Rolle gespielt hat und sie deswegen noch keine schlechten Erfahrungen damit gemacht hatten (waren ja auch immer Ost-Bullen!).Die Demo nahm ihren geplanten Verlauf. Ca. 150 Faschos, die die Demo angreifen wollten, wurden von der Polizei nicht an diese herangelassen, hätten aber aller Wahrscheinlichkeit nach auch von der Demo Prügel bezogen.

»La Mitropa« – Durchsuchung, Räumung, Wiederbesetzung

Weil sie nicht wegen einer kontrollierten Demo im Bullenspalier sondern wegen der direkten Konfrontation mit den Faschos nach Dresden gekommen waren, verließ eine größere Gruppe bereits kurz nach Beginn die Demo. Bei den Massen an Zivis und Bullenstreifen war es nicht verwunderlich, daß sie nur ca. 500m ungestört war, dann stieg der BGS neben ihnen aus. Alle, die noch einigermaßen klar denken konnten, lösten sich in Hauseingängen, Nebenstraßen etc. auf, der Rest stürmte in heilloser Flucht ins ungesicherte »La Mitropa«. Dieses wurde dann vom BGS umstellt, es fand eine Hausdurchsuchung statt, alle Personen im Haus wurden festgenommenen, alles was sich nur irgendwie als Waffe verwenden läßt, beschlagnahmt. Das Haus sollte in den folgenden Tagen zugemauert werden,was auch dreimal getan wurde, aber die DresdnerInnen halfen mit Hämmern der Erdanziehungskraft etwas nach und waren jedesmal stärker als der Mörtel, der die Steine zusammen halten sollte. So wohnen inzwischen wieder Leute im Haus und auch das Cafe hat wieder geöffnet. Die an diesem Ort festgenommenen sollten sich beim nächsten Mal trotzdem besser überlegen, wohin sie vor dem BGS flüchten. Immerhin sind durch sie 2 DresdnerInnen unschuldig eingefahren, nur weil sie im Haus Wache geschoben haben, ein Haufen Verteidgungsmaterial ist flöten gegangen und das Haus wäre fast geräumt worden.

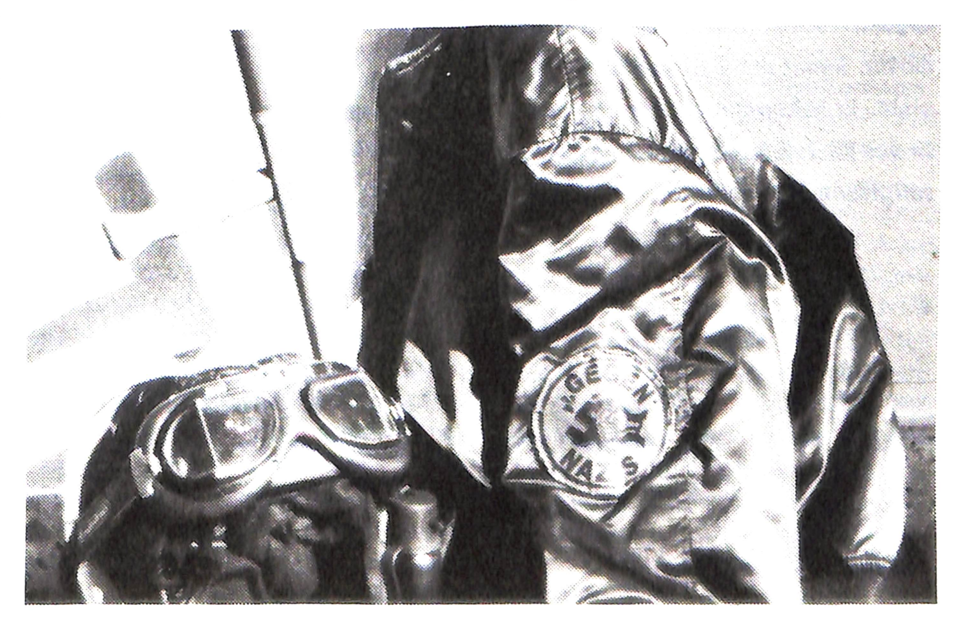
Wie weiter?

In der Auswertung der Demo wurde nochmals die ungenügende Vorbereitung der Dresdner kritisiert, aber auch das Unvermögen bzw. der Unwillen der Auswärtigen, sich auf die spezielle Dresdner Situation einzustellen. Es waren eindeutig zu wenige Informationen vorneweg ausgetauscht worden. Trotz aller Kritik hatte dieses Woch-enende einen positiven Effekt. Die Mobilisierungsfähigkeit und Entschlossenheit innerhalb der linken Szene von Dresden Neustadt bei Angriffen von Faschos etc. ist seit diesem Tag größer geworden. Das zeigte sich schon am nächsten Tag, wo sich bei einem Faschoangriff an die 150 Leute aufmachten, um ihn zurückzuschlagen. Dabei gab es allerdings einen völlig beschissenen Zwischenfall.

Polizei schießt auf Antifas

Die ganze Situation um den 20. herum führte aber bei mindestens einem Bullen zu einer völligen Kurzschlußreaktion. Nachdem eine Gruppe von ca 10 Personen auf dem Weg zum Faschoangriff aus dem Grunde heraus, daß immer eine Bullentaxe hinter ihnen her fuhr, ein paar Mülltonnen auf die Straße schob, in die die Bullenstreife reingefahren ist, stieg ein Bulle aus, zog seine Knarre und ballerte ohne erkennbaren Grund mehrmals in die Menge. Diese Schüsse mußten inzwischen als »mehrere Warnschüsse in die Luft« zugegeben werden.

Bei den Faschos ist seit dem Zeitpunkt die erfreulichste Reaktion zu verzeichnen. Nachdem wahrscheinlich viele von ihnen das erste Mal selber was aufs Maul bekommen haben, sind sie enorm ruhiger geworden. Zumindestens wurden seitdem keine größeren Angriffe mehr verzeichnet, nur an »Himmelfahrt« gab es ein bißchen Ärger mit einigen angesoffenen und randalierenden »Herren«, der aber schnell beendet werden konnte, da jetzt endlich eine entschlossenere Gegenwehr zu beobachten ist. Einige sind sich jetzt erst ihrer Stärke bewußt geworden. Die erfolgreiche Gegenwehr hat vielen Menschen Mut gemacht, sich an der Antifaschistischen Selbsthilfe aktiv zu beteiligen. ■



'Bund Deutscher Unitarier'

»Religionsgemeinschaft Europäischen Geistes«

In jüngster Zeit wurde viel über die völkisch-rassistische Sekte 'Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft'(DUR) geschrieben. (vgl.u.a. »Der Rechte Rand« Nr.4 und Nr.9). Nachgewiesen wurde die faschistische Kontinuität vieler ihrer Funktionsträger und deren Verbindungen zum heutigen faschistischen Spektrum. Nun existiert seit Frühjahr '89 eine Rechts-Abspaltung der DUR die sich 'Bund Deutscher Unitarier - Religionsgemeinschaft europäischen Geistes' (BDU) nennt. Beide beanspruchen den wahren unitarischen Geist zu verkünden, weshalb sie sich vor Gericht wiederfanden, mit dem Ergebnis, daß sich beide »unitarisch« nennen dürfen. Während bei der 'DUR' die Angst um ihre vom 'Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband' zugestandenen Gelder der Grund sein dürfte, kennt der BDU solche Sorgen nicht. Er bekennt sich offen zu den in der NS-Zeit herrschenden geistig-religiösen Grundsätzen.



Auszüge aus einer Selbstdarstellung des BDU: »*Als Deutsche Unitarier europäischen Geistes erkennen wir an, daß die Menschen in den verschiedensten Zeiten und Kulturen den ihrem Wesen eigenen Weg zu einer Wahrheit gesucht und gefunden haben. (...) Unser ganzheitliches Denken verpflichtet uns zu gedeihlichem Zusammenleben verantwortlicher Menschen in selbstgewählten Gemeinschaften und solchen, in die wir hineingeboren sind, wie Familie, Volk und Völkergemeinschaft. (...) Wir wissen um die Beziehungen zwischen Mensch und Lebensraum, der Natur- und Kulturraum zugleich ist. Wir wissen um die globalen Verschiedenheiten von Lebensräumen und ihre prägende Wirkung auf Menschengruppen und Völker in ihrer Lebensweise, ihrer Kultur und ihrer Religion und achten sie als gleichrangig und ebenbürtig. Wir verstehen uns als Verantwortungsgemeinschaft für alle Erscheinungsformen des Lebens in seiner Vielfältigkeit. Dies gilt in gleicher Weise für die Artenvielfalt der Natur wie für die Mannigfaltigkeit der geschichtlich gewordenen Völker und der ihnen gemäßen Kulturen. Wir wenden uns gegen jede Einebnung durch Überfremdung gewachsener Lebensformen.*« Kurz zusammengefaßt: »Rassenmischung ist Völkermord«.

Ohne der 'DUR' den Titel »völkisch-rassistisch« absprechen zu wollen, ist es doch so, daß viele ehemalige DUR-Mitglieder im **BDU** eine neue Heimat gefunden haben, nicht zuletzt die ehemalige Ehrenpräsidentin der DUR **Sigrid Hunke**. Auch neue Mitglieder gibt es zu verzeichnen, u.a. **Ekkehard Stuhldreher** und **Alfred Mahncke**.

Organisiert ist der BDU in mehreren Gemeinden, u.a. in Braunschweig, Gießen, Eschwege, Büsum, Uelzen-Bad Bevensen. Exemplarisch, wegen der enormen Aktivität und der politischen Brisanz, wird hier die »Gemeinde« Gießen vorgestellt. »Motor« der Gemeinde ist das Ehepaar **Karl-Heinz** und **Annedore Küthe** aus Gießen. Beide sind seit Jahren in völkischen Kreisen bekannt und aktiv, was sich auch in den Personen und Themen der von ihnen organisierten Veranstaltungen niederschlägt.

Viele Zusammenhänge der genannten Personen zu anderen Organisationen und faschistischen Freunden müssen hier unerwähnt bleiben, um einigermaßen übersichtlich zu bleiben. Bleibt festzuhalten, daß sich mit dem BDU ein neues breites Forum anbietet, in dem das ge-

samte faschistische Spektrum ein offenes Ohr findet. Eine Auswahl:
17. 3. '90 - **Robert Steuckers**: »Das neue Europa und seine religiöse Dimension«
- **Ralf Küttelwelsch**: »Suche nach dem heiligen Gral«
31. 8. – 2. 9. '90 - **Hermann Thiele**: über Knut Hamsun, Rudolf Binding, Sven Hedin
13. 10. '90 - **Bernhard Bühler**: »Heimat finden in Lebensräumen«
10. 11. '90 - **Gertrud Hofmann**: »Die Bedeutung deutscher Dichtung für unser Volks- und Geschichtsbewußtsein«
23. 3. '91 - **Edda Schmidt**: »Gedanken zu Ostern«

Alle Vorträge fanden und finden auch weiterhin, soweit sie in Gießen stattfinden, in der städtischen Kongreßhalle statt, deren Leitung vom »rot«-grünen Magistrat bestimmt sein dürfte. Die Besucher dieser Veranstaltungen waren nicht weiter erwähnenswert, wurden nicht öfters auch Mitglieder der **WJ**, rechtsextremer Burschenschaften und, beim letzten o.e. Vortrag, auch **Gunnar Pahl** nebst gesamter Familie erscheinen. Wir sind gespannt, ob sich die Kongreßhalle in Gießen langsam aber sicher zu einem faschistischen Treffpunkt unter »rot«-grüner Obhut herausbildet.

Zu den angesprochenen Personen:

Sigrid Hunke: geb. 26. 4. 1913. Bis zu ihrem Austritt Ende 1988 Chefideologin und Ehrenpräsidentin der DUR. Jetzt Vordenkerin der BDU-Gemeinden. Neben ihren zahlreichen Veröffentlichungen hält sie auch Vorträge - z.B. im April 89 bei der '**Deutschen Kulturgesellschaft europäischen Geistes**' (DKEG), deren »Schiller-Preis« sie verliehen bekommen hat; oder am 4. 11. '90 im Ideologiezentrum der '**Neuen Rechten**' in Vlotho '**Collegium Humanum**' - oder schreibt Artikel in '**Elemente**', eine Zeitschrift des '**Thule-Seminars**' aus Kassel, mit deren Hauptautoren **P. Krebs**, **A. Benoist**, **R. Steuckers**, **M.Walker** sie sich in die faschistische Neuordnung Europas einreiht. Das alles hinderte im Übrigen den Frankfurter Magistrat nicht, sie im Juni '90 zu den »Römerberg-Gesprächen« einzuladen;

Ralf Küttelwelsch: geb. 1962. Aktivist in der Berliner Jugendorganisation '**Sturmvogel**', eine Abspaltung der '**Wiking Jugend**', mit deren Funktionärin Edda Schmidt er über eine Fahrt nach Ungarn 1988 berichtet.

Bernhard Bühler: ehem. DUR-Landesgemeindeleiter für Schl.-Holstein, jetzt BDU-Gemeindeleiter. Stellv. Leiter der '**Arbeitsgemeinschaft Europas eigene Religion**', auf deren Tagungen neben S.Hunke auch der Nationalrevolutionär **Peter Bahn** zu Wort kommt. Auch bei der Tagung des '**Bund der Goden**' 28. 4.-1. 5. '90 im 'Collegium Humanum' taucht er als Vortragender auf.

Hermann Thiele: ehem. Leiter der DUR-Gemeinde Bremen, jetzt Mitglied beim BDU. Leiter der 'Sigrid Hunke Gesellschaft'. Von seinen vielen Vorträgen seien hervorgehoben: 27. 11. '88 und 23./24. 6. '90 bei der 'Artgemeinschaft' des **Jürgen Rieger**, im April 89 bei der DKEG, 9.6.-12. 6. '89 beim '**Nordischen Ring**', 28.4.-1. 5. '90 und 26.-28. 4. '91 beim 'Bund der Goden'.

Edda Schmidt: zus. mit ihrem Mann **Hans** Schmidt unterhält sie ein Versand-Antiquariat in Bisingen (Ba-Wü.), das zugleich als Buchdienst der 'Artgemeinschaft' fungiert. Bis Ende 1987 war sie Schriftleiterin der Zeitschrift 'Wikinger' der 'Wiking-Jugend'; Anläßlich ihres Besuchs einer Tagung der 'Bürger- und Bauerninitiative' (**BBI**) des **Thies Christophersen** vom 10.-12. 11. '89 im Elsaß äußert sie folgendes:

»*Wer diesen Knudsen* – (gemeint ist der NSDAP/AO-Aktivist **Riis Knudsen** aus Dänemark) – *jedoch schon einmal hörte, weiß, daß er den Nationalsozialismus – richtiger Weise – nicht als eine rein deutsche Angelegenheit deutet, sondern als das hinstellt, was er ist: Eine Weltanschauung auf biologischen Fundamenten, die für alle Völker der Erde ihre Gültigkeit hat. Er ist folglich – wie übrigens auch ich – der Meinung, daß auf Grund dieser als ewig gültig anerkannten weltanschaulichen Gesetze noch heute die große Wirkung des Nationalsozialismus beruht.*«

Gertrud Hofmann: Ende Mai, Anfang April 1989 Mitwirkende beim jährlichen Treffen der »Freunde des Dichtersteins Offenhausen«, eine Ansammlung rechter Dichter und Lyriker zur Erhaltung faschistischen Kulturgutes. Beim »Hetendorfer Dichtertag« 11.-13. 8. '89, veranstaltet vom '**Heinrich-Anacker-Kreis**', dem '**Freundeskreis Filmkunst**' und der '**Gesellschaft für freie Publizistik**' (GfP), hielt sie den o.e. Vortrag schon einmal; mit dabei selbstverständlich wieder Herr RA Rieger aus Hamburg;

Robert Steuckers: Belgier. Gilt als einer der Hauptvertreter der '**Nouvelle Ecole**' neben A. Benoist, M. Walker und P. Krebs. Demzufolge tritt er häufig bei Veranstaltungen der **GRECE** (franz. neu-rechte Organisation) auf z.B. am 3. 12. '89. Bei der Zeitschrift 'Elemente' des Kasseler 'Thule-Seminars' wird er als ständiger Mitarbeiter geführt.

Ekkehard Stuhldreher: von 67-70 für die **NPD** im Landtag in Niedersachsen. 1990 wird er zum stellv. Vors. des '**Bundes der Vertriebenen**' im Landesverband Niedersachsen bestimmt. Inhaber eines »Deutschen Reisedienst« mit Anzeigen in allen einschlägigen rechtsextremen Organen.

Alfred Mahnke: u.a. Funktionär des '**Deutschen Blocks**' und der DKEG, später der DKG. Inhaber des Versandbuchdienst 'Volk und Welt'. Seine Adresse ist die BRD-Filiale der '**Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik**' (AFP) in Wien, deren silbernes Ehrenzeichen er Ende '89 erhält. Der Name der AFP ist eine Lüge, treffen sich auf den Tagungen der AFP seit 1966 jährlich die Repräsentanten aller faschistischen Gruppierungen Europas, zum Beispiel P. Krebs ('Thule Seminar'), G. Faye (GRECE), **Günther Deckert** (NPD), **Gerhard Wintzek** ('Mut'-Herausgeber), **Gernot Mörig** (BHJ), **Hans-Michael Fiedler** (NPD und Multifunktionär), **Walter Matthaei** (WJ, Kühnen-Truppe und tot), **Thomas Salomon** (JN, NPD), **Max Wahl** ('Eidgenoss'-Herausgeber, Schweiz) u.v.a. (mehr Infos über A. Manke in Kurt Hirsch »Rechts von der Union« und »Der Rechte Rand« Nr.10, S.15).

Gunnar Pahl: Die gesamte »Karriere« dieses Mannes würde ein Buch füllen, hier einige Stichpunkte: in den 70ern **NSDAP/AO**-Funktionär und -Terrorist, zusammen mit **F. Stubbemann**, **Ch. Worch**, **M. Kühnen**. Enger Kontakt zur Familie **Müller** in Mainz, er wohnte dort eine Zeitlang.

Nach mehreren Jahren im Knast taucht er als Intim-Freund des Arztes **Uwe Jürgens**, Leiter der 'WSG Jürgens' (auch bekannt unter dem Kürzel **NÜB**, siehe »Der Rechte Rand«, Nr.1, S.13 und Nr.9, S.4), 1984 in Hessen wieder auf. Eine Zeitlang bewegt er sich in **FAP**-Kreisen und ist auch schon mal bei der »Heß-Demo« in Wunsiedel dabei. Seit Ende der 80er ist es ruhig um ihn geworden, umso bemerkenswerter ist es, daß er immer noch in den »alten« Kreisen auftaucht. ■



»Deutsche Allianz - Vereinigte Rechte«

Ausgerechnet am 1. Mai wollte die DA, die neue rechtsextreme Sammlungs-bewegung (s. Info 14) in Radolfzell am Bodensee eine Kundgebung veranstalten. Kurz davor, im März, hatte die **NPD**-Baden-Württemberg mit knapper Stimmenmehrheit beschlossen, der **DA** beizutreten (allerdings nach heftigen Auseinandersetzungen). Baden-Württemberg, Heimat des NPD-Vorsitzenden **Martin Mußgnug**, der auch den Antrag auf Beitritt stellte, ist offensichtlich der einzige NPD-Landesverband, der nicht verschuldet ist. Damit bringen die Baden-Württemberger ihr Geld in die neue Sammlungsbewegung ein, während die übrigen Landesverbände die Schulden zu zahlen haben (sofern sie mit der NPD weitermachen wollen).

Die Antifa Konstanz mobilisierte zu einer Gegenkundgebung vor dem Versammlungssaal. SPD und Grüne hatten Angebote für eine gemeinsame Kundgebung abgelehnt und legten irgendwo außer Reichweite Gedenkkränze nieder. Zum Versammlungsort kamen trotz großen Bullenaufgebots ca. 100 Antifas. Dank dieser Präsenz trauten sich die meisten Gäste nicht rein. Obwohl der Saal zwischen 300 und 600 Gästen Platz bietet, waren vielleicht ungefähr 15 Leute anwesend.

Sie wollten die Versammlung an einen unbekannten Ort verlegen und mußten sich Mühe geben, beim Verlassen des Ortes nicht noch was abzukriegen. Auf eine genehmigte Kundgebung in der Innenstadt verzichteten sie freiwillig. Von den erwarteten Fascho-Skins ließ sich kaum einer blicken. Die Bullen nahmen drei TeilnehmerInnen der Antifa-Kundgebung fest, die eventuell mit Anzeigen zu rechnen haben.

Am 11.Mai sollte dann in der Wetterauhalle in der Nähe von Gießen eine Versammlung stattfinden, zu der die NPD, die hier recht stark ist, Nazis aus dem Spektrum der zukünftigen DA eingeladen hatte. Es ging offenbar darum, die Möglichkeiten dieses Bündnisses zu diskutieren. Dank einer breiten Protestwelle bis hin zu CDU'lern war der Wölfersheimer Bürgermeister (von einer »Freien Wählergemeinschaft«), der nur mit NPD-Stimmen regieren kann, gezwungen, die Veranstaltung wegen »Gefährdung von Sicherheit und Ordnung« abzusagen. Ca. 70 Nazis, von **REPs** über DVU bis **FAP**, mußten also wieder abreisen, zumal 300 Menschen zu einer Gegendemo gekommen waren.

Es stellte sich heraus, daß die Nazis in Hungen/Kreis Gießen ihre Veranstaltung in einer Kneipe mit dem passenden Namen »Zum Hindenburg« abhalten wollten. Dahin gingen dann noch ca. 80 DemonstrantInnen. Da kaum Bullen da waren, gelang es ein paar entschlossenen Leuten, die Versammlung anzugreifen. Obwohl es nicht gelang, die Kneipe zu stürmen, wurden einzelne Versammlungsteilnehmer angegriffen, Autos abgestochen und die Kneipe beschädigt. Schließlich wurde das Lokal belagert. Inzwischen waren nur noch 20 Nazis in der Kneipe, die von den wenigen anwesenden Bullen aufgefordert wurden, das Lokal nicht zu verlassen. Erst nach einer Viertelstunde bekamen die Bullen Verstärkung. Obwohl es den Bullen noch gelang, zwei Leute festzunehmen, ließ sich die Demo nicht spalten, ja gewaltfreie DemoteilnehmerInnen stellten sich sogar erfolgreich zwischen die Bullen und die Leute, die gerade Aktionen gemacht hatten. Schließlich geleiteten die Bullen die Nazis, unter anderem den ehemaligen REP-Generalsekretär und Ober-DA'ler **Harald Neubauer** zu ihren Autos. Trotzdem: Die Kundgebung hatte weder in Wetterau noch in Hungen stattfinden können. ■

Duisburg

Zwei Prozesse gegen NS-Verbrecher begannen Ende April bzw. Anfang Mai in Duisburg. Im ersten Prozeß sind **Karl Bruno Blach** (71) und **Dominik Gleba** (69) angeklagt. Sie waren Mitglieder der Hundestaffel des Konzentrationslagers Wiener-Neudorf. Ihnen wird vorgeworfen, fünf Häftlinge während ihrer Deportation nach Mauthausen aus niederen Beweggründen erschossen zu haben. Zu Beginn des auf 43 Verhandlungstage angesetzten Verfahrens, beantragte die Verteidigung die Einstellung des Prozesses »wegen übermäßiger Länge«.

Der Angeklagte Blach lebte in den USA, wurde jedoch im Januar 1990 ausgewiesen und beim Eintreffen in der BRD am Flughafen verhaftet. Gleba wurde am selben Tag in Oberhausen verhaftet, jedoch im März '91 wieder auf freien Fuß gesetzt.

Auf 68 Verhandlungstage wurde der Prozeß gegen den Ex-SS-Unterscharführer **Heinrich Kühnemann** (72) angesetzt, der am 7. Mai vor dem Landgericht Duisburg begann. Ihm wird fünffacher Mord und Beihilfe zum Mord in mindestens fünfzig Fällen vorgeworfen. Kühnemann war Aufseher in Auschwitz/Birkenau. Auch Kühnemann wurde 1990 verhaftet, aber dann aus der U-Haft entlassen worden. Ein medizinisches Gutachten bescheinigte ihm zu Beginn der Verhandlung Prozeßunfähigkeit. ■

Essen

In Essen kam es im Frühjahr zu mehreren Brandanschlä-

gen auf Unterkünfte von Flüchtlingen. Am 29. und 30. Januar wurde ein von Libanesen bewohntes Haus angezündet. Beim ersten Anschlag wurden zwei Menschen schwer verletzt, beim zweiten wurde »lediglich« die Treppe beschädigt. Zu Ostern wurde dann das Übergangsheim an der Altendorfer Straße in Brand gesetzt, daß zur Zeit des Anschlags noch nicht belegt war.

Köln
Die Kölner Ratsfraktion der **Deutschen Allianz/Vereinigte Rechte** siegte in einem Verfahren vor dem Kölner Landgericht. Die Münchner Allianz AG Versicherung hatte eine Unterlassungsklage gegen die Verwendung des Wortes »Allianz« im Namen der rechten Organisation gestellt. Das Gericht schloß sich der Argumentation der Ex-Republikaner an, wonach durch die Betätigung in unterschiedlichen Bereichen keine Verwechselungsgefahr bestehe. Der Streitwert des Verfahrens bezifferte sich auf mehrere Millionen Mark.

Velbert
Anfang März drangen vier stadtbekannte Nazi-Skins in ein leerstehendes Gebäude im Ortsteil Tönisheide ein. Die Stadt Velbert ließ die Besetzung unter Aufsicht von Sozialarbeitern zu und versuchte ein Resozialisierungsprojekt für arbeits- und obdachlose Jugendliche daraus zu machen.

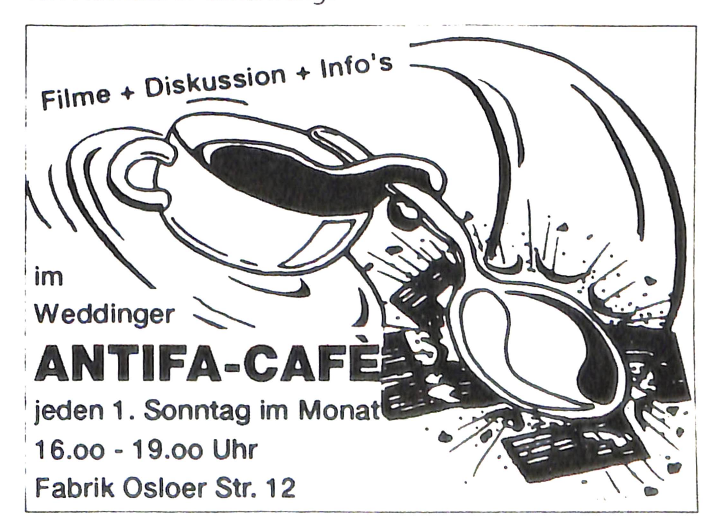
Innerhalb kürzester Zeit wurde die »Nazi-WG« zu einem Anlaufpunkt für Faschos aus dem südlichen Ruhrgebiet. Vor allem an Wochenenden terrorisierten bis zu 40 Nazi-Glatzen den Stadtteil, es kam zu einer Vielzahl von Angriffen gegen linke und ausländische Jugendliche. Die Bewohner des Hauses fanden darüberhinaus Gelegenheit zur Selbstdarstellung auf einer dreiviertel Seite(!) im Lokalteil der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ). Die faschistischen Angriffe der letzten Wochen wurden von den Redakteur(inn)en als Notwehr dargestellt. Erst als sich die antifaschistische Gegenwehr verstärkte und zu einer Demonstration gegen die Nazis und die Politik der Stadt aufgerufen wurde, änderte sich das Bild. Das Haus wurde wenige Tage vor der Demo von den Bullen geräumt. Bei der Stadt wollte auf einmal niemand mehr verantwortlich sein für das »Sozialprojekt«. Die Demo fand trotz der Räumung mit 500 Leuten statt.

Wuppertal
Heftig umkämpft war im Frühjahr der Ortsteil Ronsdorf. In diesem Stadtteil hatte sich bereits seit längerer Zeit eine rechte Jugendszene entwickelt, die andere Jugendliche massiv terrorisierte. Als Reaktion darauf wurde im Januar '91 die Jugend-Antifa gegründet. Die Nazis nahmen dies zum Anlaß, am 18.2. das Jugendzentrum, in dem die Antifa-Treffen stattfanden, anzugreifen und zu belagern. Die vom Juz-Personal alarmierte Polizei hielt es, trotz massiver Bewaffnung der Faschos, noch nicht einmal für nötig, die Personalien aufzunehmen. Die Reaktion auf das Polizeiverhalten war militante antifaschistische Selbstverteidigung. Als sich eine Woche später am 25.2. ca. 25 Faschos in Ronsdorf sammelten, um erneut das Antifa-Treffen im Juz zu terrorisieren, wurden sie von einer größeren Gruppe Linker auseinandergetrieben. Dies hatte diesmal einen sofortigen Großeinsatz der Bullen mit mehreren Festnahmen zur Folge. Im Zusammenhang mit dieser Aktion laufen z.Zt. mindestens 11 Verfahren wegen schweren Landfriedensbruch gegen Linke. Desweiteren sind mehrere Verfahren wegen schwerer Körperverletzung bezogen auf andere Aktionen anhängig. Aber auch gegen die rechte Szene laufen Prozesse. Einige Ronsdorfer Fasch-os sind bereits zu Bewährungsstrafen verurteilt worden.

Die Aktivitäten der Faschos sind seit dem 25.2. erheblich zurückgegangen. Dies liegt zum Teil an der Polizeipräsenz und Repression, aber auch an dem immer häufigeren Auftreten der Antifa. Es werden regelmäßig Flugblätter im Ortszentrum verteilt, sowie Veranstaltungen und Treffs organisiert.

Wuppertal-Elberfeld
In Wuppertal-Elberfeld findet seit dem 2. 4. alle zwei Wochen das ANTIFA-CAFE von 18 bis 22 Uhr in der Börse Viehhofstr. statt. Es gibt Kaffee, Tee und Kuchen, sowie Infostände, Videos und Veranstaltungen zu aktuellen Themen aus dem Bereich Antifa und darüberhinaus. Die nächste größere Veranstaltung findet am 28.5. mit Michael Schomers statt, der in seinem Buch »Deutschland ganz Rechts« über Internas der Republikaner berichtete.

Giffhorn
Am Mittwoch, den 8. Mai, um 22 Uhr wurde Mathias Knabe von Neonazis in Gifhorn ange-





Andreas Storr ('JN') (s. Berlin)

griffen. Er war auf dem Weg zum Nachtangeln am Waldsee, wo er sich mit Freunden verabredet hatte. Dort feierte gleichzeitig eine Gruppe von 15 bis 20 Faschisten einen »Kameradschaftsabend«.

Als die Nazis Matthias sahen, stürzten sie sich sofort auf ihn und schlugen auf ihn ein. Zwei Neonazis, unter anderem **Christian Blauth**, stießen ihn dann auf die stark befahrene B 4 vor ein Auto. Er wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert und schwebte mehrere Tage in Lebensgefahr. Er wird auf jeden Fall einen schweren bleibenden Gehirnschaden davontragen.

Die Polizei versuchte den Vorfall als »normalen« Verkehrsunfall darzustellen. Drei Freunde von Mathias erstatteten Anzeige gegen die Nazis. Der Nazi Christian Blauth wurde auf Grund von Augenzeugenberichten festgenommen und wegen versuchten Mordes in U-Haft genommen.

Dieser Vorfall ist jedoch nur die Spitze des Eisberges. Es gibt immer mehr Faschisten auf den Straßen, die alle Menschen, die nicht ihren Vorstellungen entsprechen anpöbeln bzw. angreifen.

Faschistische Gruppen und Organisationen haben verstärkten Zulauf und bauen Strukturen auf, z.B. die 'Nationalistische Front' (NF) oder 'Deutsche Allianz'. Am Samstag den 18.5. demonstrierten unseres Wissens ca. 1000 AntifaschistInnen in Gifhorn wegen des Mordversuches an Matthias gegen Naziterror und Rassismus und für die antifaschistische Selbsthilfe. ■

Berlin

Vom 16.–17.März fand ein Bundeskongreß der **'Jungen Nationaldemokraten'** (JN) in Berlin statt. Ungefähr 200 Nazis waren zu der »Bundesaktion« der JN nach Potsdam angereist, um unter massivem Polizeischutz durch die Stadt zu demonstrieren. Diesmal kam die Antifa-Mobilisierung lei- der etwas spät in die Gänge. Erfolgreicher waren Berliner Antifas dagegen am 20. April als sie am Lichtenberger Bahnhof eine Flugblattaktion der JN aufgelöst haben. Auf den Flugblättern wurde rassistische Stimmung gegen Flüchtlinge verbreitet. Der Berliner 'JN'-Vorsitzende und stellvertretender JN - Bundesvorsitzende **Andreas Storr**, ebenfalls beteiligt an dem Umzug durch Potsdam, rief hektisch die Polizei und zeigte eine Person an, die sich jedoch nicht an der tätlichen Auseinandersetzung beteiligt hatte. ■





JN' in Potsdam (s. Berlin)

Die Hölle hat sie wieder

Die Reihen der faschistischen Kader haben sich in letzten Monaten etwas gelichtet. Am 25. April verstarb **Michael Kühnen** an der Immunschwächekrankheit AIDS in einem Kasseler Krankenhaus. Jetzt beginnt das Gerangel um seine Nachfolge. Auf einem Treffen von (Ex-) Kühnens 'Bewegung' in Cottbus, im Lokal »Cottbuser Hof«, wurde der Österreicher **Gottfried Küssel**, z.Zt. im Raum Cottbus-Dresden aktiv, zu seinem Nachfolger bestimmt. Weiterhin gehören **Christian Worch** aus Hamburg, **Heinz Reisz** aus Langen und **Arnulf Priem** aus Berlin zur Führungsriege der 'Bewegung'. Doch das Gerangel um die Kühnen-Nachfolge dürfte damit erst beginnen. Wie sich das Ableben Kühnens auf die Formierung der Nazi-Organisationen auswirken wird ist noch nicht zu sagen. Nicht nur wegen seiner Erklärungen zur Homosexualität war er unter den Nazis umstritten, es gab auch Kritik an seiner Neigung zur öffentlichkeitswirksamen Selbstdarstellung. Ob nun die Spaltung der Nazis mit einer gemeinsamen Organisationsbildung aufgehoben wird oder ob gerade diese weiter erwünscht bleibt, können wir noch nicht sagen - dazu demnächst mehr.

Nun ist auch noch der 36-jährige Dresdner Kühnen-Anleiter **Rainer Sonntag** dort am 1. Juni auf offener Straße erschossen worden – die Polizei sucht die Täter in Zuhälterkreisen. In der Presse wird Sonntag nun als Saubermann

dargestellt, der gegen die »Rotlichtszene« vorgehen wollte. Der eigentliche Konflikt, dürfte allerdings in verweigerten Schutzgeldzahlungen seitens der Zuhälter liegen – damit füllen die Dresdner Nazis ihre Vereinskassen seitgeraumer Zeit. Außerdem haben Zuhälterei und Faschismus seit Horst Wessel Tradition.

Walter Matthaei (»Capitan Walter«), eine der entscheidenden Figuren im internationalen braunen Netz, ist schon letzes Jahr im hohen Alter verstorben. Er war Mitglied der NS-Terrorzentrale,dem 'Reichssicherheitshauptamt', und Mitbegründer der '**Wiking Jugend**'. Als er in den 60er Jahren nach Spanien ging, genoß er dort alle Vorzüge des Diktators Franco und war in zahlreichen faschistischen Organisationen aktiv. Unter anderem war er Ansprechpunkt für die militärische Ausbildung deutscher Nazis in Spanien. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland schloß er sich nach einiger Zeit Kühnen an – seinen Kontakten wird zugeschrieben, daß der Streit wegen Kühnen unter den Nazis vorläufig beigelegt wurde. So half er Kühnen, auch gerade mit seinen internationalen Kontakten, das '**Kommitee zur Vorbereitung des 100. Geburtstags Hitlers**' (KAH) zu initiieren.

Auch der konkurrierende 'FAP'-Flügel hat einen seiner Anführer eingebüßt: **Volker Heidel** starb im Zeitraum Nov. '90 in Hannover nach offizieller Darstellung an Hirnhautentzündung. Ob diese Darstellung stimmt wissen wir nicht, bekannt war nur, daß er unter Anderem Heroin nahm. Unter seiner Führung entwickelte sich der 'FAP'-Landesverband Niedersachsen zu einem der größten Landesverbände. Auf das Konto seiner Mitglieder gehen zahlreiche Morde, wie der Fememord an dem 17jährigen Schüler Roger Bornemann in Hannover. ■

Neues aus dem Archiv:
Interessante Entwicklung im FAP-Landesverband Hessen: Nachdem sich der Kühnen- und der Mosler-Flügel innerhalb der **FAP** zerstritten hatten, gab es ein Stillhalteabkommen der jeweiligen Führer. Eine der Bedingungen war, daß der LV-Hessen der FAP dem Kühnen-Flügel zugerechnet werden und beim Bundeswahlleiter, unter der Führung von **Heinz Reisz**, als solcher eingetragen werden sollte. Jahrelang verzögerte dies der Bundesvorsitzende **Friedhelm Busse**. Jetzt taucht der LV-Hessen unter veränderter Führung wieder auf. Mit dabei ein alter Bekannter: **Arndt-Heinz Marx** (Intimfeind der Anhänger um Kühnen) als stellv. Vorsitzender des FAP-Landesverbandes. Er wurde am 19.9.'83 aus der **ANS/NA** ausgeschlossen, u.a. wegen dem Versuch die Frankfurter und Hanauer Aktivisten auf seinen Namen zu vereidigen. Wir wollen hoffen, daß hiermit endgültig das Stillhalteabkommen widerrufen wird und Streit und Zank ihren Gang nehmen.

Bekannt, aber immer wieder erwähnenswert
Zusammenarbeit zwischen VS/Polizei und Nazis: Nachfolgend ein kleiner Auszug aus einem Bericht über eine Versammlung des 'Dachverband Deutscher Interessen' (**DDI**) am 28.2.'91 in Wuppertal, bei der sich verschiedene rechte Gruppen einig werden wollten:
»Das Scheitern der Versammlung wurde maßgeblich durch einen Teilnehmer eingeleitet, der just in dem Moment in die Debatte eingriff, als sich die Einigung für den DDI abzeichete. Im kleinen Kreis wurde dieser Vorfall nach Verlassen der Versammlung mit den zum Bündnisbestreben des DDI stehenden Parteienvertretern besprochen. Dabei stellte sich heraus, daß der besagte Teilnehmer früher bei der Stasi gewesen war und jetzt anscheinend beim Verfassungsschutz arbeitet. Jedenfalls wurde er von einem der Parteivorsitzenden wieder erkannt und hatte ihn auch gesehen, als er mit offenen Akten allein, d.h. ohne Begleitung wie es sonst üblich ist für Besucher, mit offenen Akten im Verfassungsschutzgebäude rumlaufen sehen. Damit war eigentlich alles klar.«

Bleibt die Frage offen, was taten die beiden da? Der eine, der dort »rumgelaufen« ist und der andere, der ihn dort gesehen hat. (Anm. der Red. der zitierte Text ist in der Rechtschreibung nicht verändert, »die« schreiben tatsächlich so!)

In diesem Zusammenhang sei eine, bis heute nicht dementierte, Begebenheit erwähnt. Bei einem Treffen der Kameraden um Kühnen Ende Januar '91 in Fechenheim bei Frankfurt, bei der sie ihre Solidarität mit Saddam Hussein hinausbrüllten, war auch eine vierköpfige Polizeigruppe anwesend, um zu beobachten, was sich denn da alles strafrechtsrelevantes abspielt. Nach getaner Arbeit ließ man sich dann von dem bekannten Neonazi Heinz Reisz eine Runde Schnaps spendieren. Man gönnt sich ja sonst nichts! ■



Kühnen † (rechts) und sein vorläufiger Nachfolger Küssel

Neues vom Bund Heimattreuer Jugend
Als vor ca. 2 Jahren der hausinterne Krach innerhalb des **BHJ** tobte, spaltete man sich in eine »Sonnen«- und eine »Odal«-Fraktion. Die »Sonnen« -Fraktion nennt sich seit einiger Zeit nun 'BHJ-Der Freibund e.V.' Die andere Fraktion hat nun, ab 1. 1. '91, auch einen neuen Namen 'Die Heimattreue Jugend'. Leider konnte sich die Bundesführung noch nicht durchringen ihre neue Abkürzung 'HJ' zu benutzen, der Wahrheit wäre hier sicherlich gedient.
Zur Information die neue 'HJ'-Bundesführung:
1. Bundesführer
Henning Pless, Hamburg
2. Bundesführer
Gerald Hiller, Berlin
Bundesf.d.Mädchen
Viola Prehn, Kiel
Bundeskassierer
Thomas Grebien, Kiel
Bundesgeschäftsf.
Heike Mörig, Braunschweig

CHRONOLOGIE

Chronologie über Vorfälle in der BRD, der ex-DDR und teilweise auch aus dem Ausland. Es sind verschiedene Zeitungen und Zeitschriften dafür verwendet worden, einen Anspruch auf Vollständigkeit haben wir selbstverständlich nicht, ebenso war es nicht möglich alle aufgeführten Ereignisse zu überprüfen.
In der Chronologie werden Hools in einem Atemzug mit Nazis genannt. Damit ist nicht gemeint, daß wir Hooligans automatisch mit Nazis gleichsetzen. Zweifellos aber gibt es Überschneidungen der Hoolszene mit den Nazis.

Feb. '91: **Thurgau**; ein Heim für Asylsuchende soll überfallen worden sein.

Feb. '91: **Stadthagen**; mehrfache Überfälle der Skin- und Nazi-Szene auf Jugendzentrum und in der Innenstadt, die Polizei spricht von »dumme Bengel«.

1. Feb.: **Neustadt**; eine Anti-Kriegs-Mahnwache wird von Jugendlichen überfallen, ein Verletzter muß ins Krankenhaus, die Polizei will Anzeige nicht aufnehmen.

2. Feb.: **Augsburg**; REPs halten Bundesparteitag ab, Schönhuber wird wiedergewählt.

9. Feb.: **Stuttgart**; nach Abschiebung eines Jugoslawen wird dieser in Jugoslawien zu Tode geprügelt.

13. Feb.: **Cham**; REPs halten ihre Aschermittwochversammlung vor 600-1200 Leuten ab.

16. Feb.: **Passau**; ca. 3000 Rechte bei DVU-Kundgebung,Skins randalieren vor, während und nach der Kundgebung und verletzten mehrere Leute. Mehrere Verhaftungen wegen »Hitlergruß«. Redner: G.Frey, Bachmann, D.Irving u.a.

22. Feb.: **Ulm**; 15 Punks, sowie andere Jugendliche werden von 50 - 60 zum Teil schwerbewaffneten Faschisten in der Innenstadt gejagt und verprügelt

23. Feb.: **Klötze**; ca.30 bewaffneten Männern überfallen 23 Asylbewerber und verletzen drei Leute, die Polizei kommt am anderen Tag (!).

23. Feb.: **Leisnig**; 25-30 Männer überfallen ein Heim für Asylsuchende und verprügeln wahllos die 55 Bewohner, mehrere Verletzte.

23. Feb.: **Berlin**; Hools randalieren in S-Bahn, 27 Festnahmen, 150.000DM Sachschaden.

23. Feb.: **Leipzig**; Hools randalieren in der Innenstadt, 17 Festnahmen.

März '91: **Biebertal-Fellinghausen**; mehrfach werden an einem Haus für Asylbewerber die Fenster eingeworfen und Bewohner bedroht.

März '91: **Geisa**; auf eine vorgesehene Unterkunft für Asylbewerber wird ein Brandanschlag verübt.

9. März: **Düsseldorf**; 97 Hools werden in der Innenstadt festgenommen, 70 von ihnen kommen aus Frankfurt, 7 müssen vor den Haftrichter wegen Landfriedensbruch, Polizei gab Warnschüsse ab.

9. März: **Meißen**; ca.80 Hools und Skins randalieren und werfen in der Innenstadt Scheiben ein.

9. März: **Londorf**; ca. 20-25 Jugendliche überfallen das JUZ und verprügeln 2 Anwesende mit Eisenketten und Baseballschlägern, sie sind dort als Neonazis bekannt.

15. März: **Dresden**; ca. 250 Hools werfen Steine auf Polizisten.

16. März: **Cottbus**; ca. 200 Hools aus Chemnitz und Cottbus hauen sich untereinander und werfen Scheiben ein.

16. März: **Rostock**; ca. 500 Hools liefern sich ausdauernde Strassenschlachten mit der Polizei, Millionenschäden in der Innenstadt.

18. März: **Eisenhüttenstadt**; ca.100 Jugendliche überfallen eine Wagenkolonne französischer Roma, die für eine Woche mit Genehmigung campieren wollten.

19. März: **Lübeck**; fünf Skins überfallen Jugendlichen und ritzen ihm ein Hakenkreuz in den Arm.

20. März: **München**; Kreisverwaltungsreferat will den für den 23.3.'91 angekündigten »Intern. Kongreß zur Auschwitz-Lüge«, (Veranstalter: Bela Ewald Althans aus Huglfing, Vors. des Deutschen-Jugend-Bildungswerk), verbieten. Teilnehmer sollen u.a. R.Faurisson (Frakr.), D.Irving (GB) und F.Leuchter (USA) sein.

20. März: **Dresden**; schwere Hool-Randale bei Spiel gegen Belgrad, die Hools kommen u.a. aus Dortmund, Berlin, Hamburg dabei, viel Sachschaden und Verletzte.

22. März: **München**; geplanter »Revisionisten-Kongreß« darf als Kundgebung vor dem Deutschen Museum stattfinden.

22. März: **Warschau**; Grabschändungen auf jüdischen Friedhof.

23. März: **Strausberg**; Landesparteitag der REP-Brandenburg tagt in Bundeswehr-Gaststätte.

23. März: **München**; »Revisionisten-Kongreß« findet als »Mahnwache« vor dem deutschen Museumstatt, ca.300 Nazis anwesend, 8 Festnahmen wg. Nazi-Symbolen U.a. Ernst Zündel (CAN)

23. März: Nazis greifen vier türkische Jugendliche an, die sich aber wehren

25. März: **München**; insgesamt 14 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem »Revisionisten-Kongreß« wg. Beleidigung, Keltenkreuzen, etc.

26. März: **Wolfenbüttel**; die Polizei nimmt Jugendliche fest, die Nazi-Parolen übersprühen, ein Warnschuß wird abgegeben.

26. März: **Paris**; ein 18 jähriger Araber wird von Wachleuten aus einem Lokal geworfen und von hinten erschossen. Es kommt mehrere Tage zu Randale im Viertel.

27. März: **Sydney**; jüd. Synagoge wird in Brand gesteckt. Seit Januar der 7.Anschlag auf Synagogen in Australien, neben vielen anderen Angriffen auf Juden.

29. März: **Dresden**; an Ostern werden von Skins mehrere Kneipen überfallen, Leute verprügelt usw. Sie kommen u.a. aus Baden-Würtemberg.

29. März: **Dresden**; ca.7-10 Skins werfen einen Mocambikaner aus fahrender Straßenbahn. Er stirbt an seinen Verletzungen.

30. März: **Freiburg**; 24 Festnahmen nach Attacken von Hools und Skins auf Anti-Kriegs-Mahnwache und eine Disco, viele Waffen beschlagnahmt.

30. März: **Zwenkau**; eine dreiköpfige rumänische Flüchtlingsfamilie wird von drei Motorradfahrern überfallen und zusammengeschlagen.

April '91: **Ulm**; zunehmend brutalere Überfälle von Skins auf Ausländer.

April '91: **Potsdam**; polnische Touristen werden vermehrt auf Autobahnen von Neonazis angehalten, beraubt und zusammengeschlagen.

April '91: **Königs Wusterhausen**; insgesamt werden drei mal Polen auf einem Autobahnparkplatz überfallen, ausgeraubt und verprügelt.

3. April: **Lübeck**; Nazi-Skins schlagen 5 Punks vor der Kneipe »Drehbrücke« zusammen, als Antwort auf den andauernden Terror, der von dieser Kneipe ausgeht entglasen Antifas das Lokal.

5. April: **Frankfurt/Oder**; Neonazis u.a. von der 'DA' wollen die Grenzöffnung für Polen am 8.4.91 verhindern, bezeichnen es als »feiern«.

5. April: **Ulm**; eine Frau wird von mehreren Skins vergewaltigt, zwei Skins werden festgenommen

6. April: **Gerstungen**; 21 Asylbewerber flüchten nach massiven Angriffen von Neonazis zurück nach Schwalbach in Hessen.

8. April: **Guben**; Neonazis pöbeln polnische Einreisende an; 2 Festnahmen.

8. April: **Frankfurt/Oder**; ca.150 Neonazis bewerfen in der

Nacht polnische Einreisende mit Steinen. 15 Festnahmen, auch tagsüber kommt es zu Randale an der Grenze.

10. April: **Lübeck**; Skinheads entführen eine 17-jährige Frau und führen sie drei Stunden mit verbundenen Augen durch die Stadt

11. April: **Dresden**; 80-100 Skins und Neonazis greifen Trauerzug für den ermordeten Mocambikaner an, 10 Festnahmen.

12. April: **Wölfersheim**; angekündigt: DA/VR-Sondierungstreffen am 11.5.91 mit Funktionären aus NPD, REP und DVU.

12. April: **Görlitz**; etwa 15 Skins überfallen ein polnisches Auto und verprügeln ein darin sitzendes Ehepaar.

13. Apil: **Görlitz**; ca.15 Skins blockieren die Grenze nach Polen für 1,5 Stunden und rufen ausländerfeindl. Parolen.

13. April: **Ulm**; 6 griechische Kinder werden von Nazi-Skins gejagt, ein 13-jähriger verprügelt. Das mutige Eingreifen einer Italienerin mit ihrem Freund beendet den Überfall, nachdem deutsche Passanten weggeschaut haben.

14. April: **Aue**; ca. 400 REPs bei »REP-Heerschau« aus der ehemaligen DDR.

14. April: **Schwalbach**; 20 000 DM Schaden bei Brandanschlag auf die Sammelunterkunft für Asylbewerber.

18. April: **Storkow**; erneut wird ein Pole auf der Autobahn überfallen, ausgeraubt und verprügelt.

18. April: **Dresden**; Neonazis kündigen Sternmarsch zum 102. Geburtstag von A.Hitler an.

20. April: **Gieselwerder**; ca.15 Neonazis wollen in Disco Hitlers 102. Geburtstag feiern, demolieren danach Autos und die Gaststätte.

20. April: **siehe Artikel in diesem Heft**

21. April: **Mainz**; Ergebnisse Landtagswahl in Rheinland-Pfalz: REP 2,0%, Deutsche Allianz 0,2%.

21. April: **Schwalbach**; zum 3.Mal in einer Woche wird die Unterkunft für Asylbewerber durch Brandanschlag beschädigt, 25.000 DM Sachschaden.

22. April: **Potsdam**; bei insgesamt 6 Überfällen in Brandenburg auf polnische Bürger werden 13 Polen geschlagen und bestohlen.

24. April: **Neuruppin**; beim 17. Überfall auf polnische Touristen seit der visafreien Grenzöffnung werden 4 Personen verletzt und ausgeraubt.

Nach dem Überfall auf das schwul-lesbische Frühlingsfest (27 Mai)



25. April: **Kassel**; Neonazi Michael Kühnen stirbt an den Folgen der Immunschwäche AIDS im städtischen Krankenhaus.

27. April: **Herford**; 200 Nazis halten Ku Klux Klan-Treffen ab

28. April: **Großbeeren**; ca.30 Skins errichten Straßensperre und belästigen Autofahrer, später wird in Trebbin Schnaps erpresst.

28. April: **Jüterbog**; Skins überfallen eine Gruppe von Ausländern mit Messern, Schlagringen und Knüppeln.

1. Mai '91: **Sondershausen**; ca.20 Neonazis ziehen gröhlend durch die Stadt, greifen Polizisten an, der sich nur durch Warnschüsse rettet, 21 Festnahmen.

1. Mai: **Cottbus**; ca. 250 Neonazis feiern im »Cottbuser Hof« den 1. Mai, dabei wird G.Küssel als Kühnen-Nachfolger bestimmt. (Ob er es allerdings tatsächlich wird, bleibt abzuwarten.)

1. Mai: **Hannover**; Statistik zum Spiel gegen Belgien: ca.1000 Hools aus der gesamten BRD, 472 Festnahmen - unter ihnen: Andreas Reckling (FAP, WSG-Jürgens, 'Nationale Sammlung' (NS), u.a.), Uwe Bartling (NS), 2.000 Polizisten waren offiziell im Einsatz, sieben Geschäfte geplündert, 20 Autos demoliert. 207 Hools versuchten zum Gewerkschaftsfest zu gelangen wurden aber davor vo der Polizei eingekesselt und abtransportiert. In der Nacht kam es noch zu kleineren Schlägereien in der Stadt. Das »Sprengelgelände« oder das JUZ »Kornstraße« wurden entgegen Ankündigungen nicht angegriffen.

2. Mai: **Wittenberge**; 30-40 Leute überfallen ein Ausländer-Wohnheim und stürzen zwei Afrikaner aus dem 4.Stock, zuvor gab es Streit in einer Disco.

3. Mai: **Kiel**; 25 Nazi-Skins greifen unter Polizeibegleitung ein von Linken bewohntes Haus an. Als sich die Bewohner verteidigen, stürmt die Polizei mit Verstärkung das Haus. Laut Angaben von Zeugen schlagen Polizei und Faschisten zusammen die Haustür ein. Während der anschließenden Durchsuchung können die Faschos ihre Steinwürfe fortsetzen, sowie alarmierte Antifas jagen

3. Mai: **Eilenburg**; ca.30 Deutsche überfallen ein Wohnheim für Asylbewerber und zertrümmern die Einrichtung.

3. Mai: **Berlin**; laut einer Analyse des Landeskriminalamts der fünf neuen Bundesländer gehören in der ex-DDR angeblich 2.000 Leute zum harten Neonazi-Kern, 15.000 zum Sympatisantenumfeld.

4. Mai: **Kassel**; ca. 60 Kameraden bei Trauerfeier für M.Kühnen auf dem Hauptfriedhof; Letzte Ruhestätte ist nicht bekannt.

4. Mai: **Scheeßel**; zwischen ca.100 Autonomen und Neonazis kommt es zu Auseinandersetzungen, soll ein »autonomer Racheakt« gewesen sein.

4. Mai: **Schönefeld**; 8 Skins rammen mit 3 Autos zwei Trabis und verprügeln deren Insassen, 2 Verletzte.

4. Mai: **Seelze**; 50 Skins und 150 türkische Jugendliche aus Hannover liefern sich eine Schlacht.

4. Mai: **Neuburg**; ca.50 Skins aus der ganzen BRD randalieren nach Geburtstagsfeier in der Stadt; viel Sach- und Personenschaden; 6 Festnahmen.

7. Mai: **Eilenburg**; 30 Jugendliche überfallen mit Steinen und Flaschen bewaffnet ein Wohnheim für Asylbewerber und zertrümmern die Einrichtung

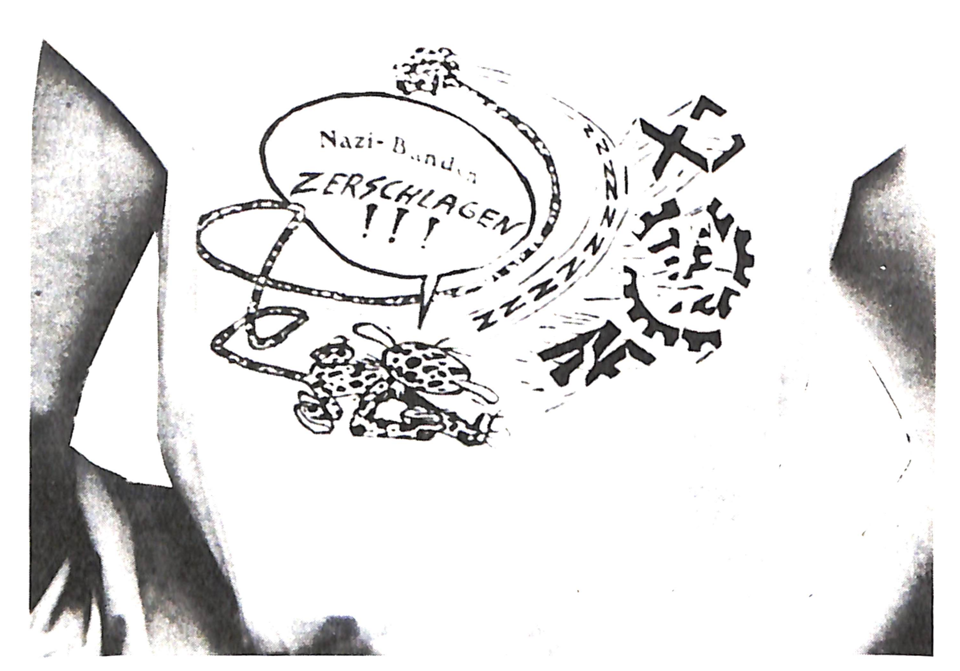
10. Mai: **Müggelsee**; 60-70 bewaffnete Jugendliche zetteln ein Massenschlägerei am sog. Vatertag in einem Gartenlokal an. Kurz danach bedrohten sie die Fahrgäste eines Busses, schlugen sie und warfen einen Fahrgast vor den Bus.

27. Mai: **Berlin**; 70 Nazis überfallen mit Eisenstangen, Gaspistolen und Holzknüppeln bewaffnet ein lesbisch-schwules Frühlingsfest, zwei Verletzte.

20.April '91:

Neonazi-Aktivitäten nehmen zu

Auch am 102. Geburtstag von Adolf Hitler kam es in der BRD wieder zu etlichen Aktivitäten von Neonazis. Zwar lagen Intensität und Anzahl der neonazistischen Aufmärsche und Terrorakte über denen zum 100. Geburtstag Hitlers, doch passierte angesichts des zunehmenden rechten Terrors an diesem Tag weniger als befürchtet. So fehlten vor allem zentrale Aufmärsche der Neonazis. Vermutete Demos in Magdeburg, Dresden oder Berlin mit mehreren tausend Teilnehmern blieben aus. Der Terror von rechts »beschränkte« sich oft auf Aktionen von Hooligans, wie sie an jedem Fußballwochenende stattfinden.



Das zentrale Nazi - Aufmärsche ausgeblieben sind, bestätigt die Beoabachtungen, daß sich die Nazis in der Ex-DDR noch lange nicht überregional verbindlich organisiert haben.

Es existieren viele regionale Einzelgruppen, die informelle Kontakte untereinander haben und sich kennen. Genügend Funktionäre sind anscheinend bei den Nazis derzeit noch nicht vorhanden: nach dem Tod **Michael Kühnens** und **Rainer Sonntags** sind es wieder zwei weniger. Auf der anderen Seite scheinen sich sich die Nazi-Aktivitäten nicht ausschließlich in die neuen Bundesländer verlagert zu haben, wie es uns vor allem westliche Medien weismachen wollen. Gerade in Niedersachsen und Nord-Hessen kam es zu Aktionen der Neonazis am 20. April.

Bemerkenswert ist, daß (uns) von diesem Tag wenig Meldungen aus Süddeutschland bekannt sind. Ein Anhaltspunkt könnte sein, daß die **FAP** in Süddeutschland mit ihrem **Mosler/Heidel-Flügel** eher gescheitert ist. Außerdem starb auch Heidel vor kurzem.

In den alten und neuen Bundesländern ist mit Ausnahme von einigen Großstädten (Berlin, Dresden, Leipzig) nicht erst seit dem 20. April folgende Entwicklung zu beobachten: Die Auftritte der Nazis verlagern sich in kleinere Städte und auf das Land. In Westdeutschland ist dies schon seit längerem zu beobachten. In den Regionen Hamburg oder Hannover laufen sehr viele Aktionen in den nördlichen Kleinstädten, im Raum Göttingen ebenfalls in umliegenden Dörfern.

Äußerst mager sah es am 20. April auf antifaschistischer Seite aus. Größere Gegenaktionen gab es nur in Berlin mit 1.500 Leuten und in Dresden mit 500 DemoteilnehmerInnen. Vor zwei Jahren war die antifaschistische Mobilisierung an diesem Datum wesentlich größer.

Vor diesem Hintergrund ist es äußerst wichtig, daß Antifa-Gruppen und linke Parteien und Gruppen wesentlich besser zusammenarbeiten und Gegenaktionen koordinieren.

Um die Dimension der Nazi-Aktionen am 20.4.1991 deutlich zu machen machen wir hier eine, natürlich unvollstän-

dige Dokumentation aus der Presse und anderen Berichten:

Norddeutschland

Hamburg: 15 Skins singen Nazi-Lieder, neun werden von der Polizei festgenommen und deren Waffen beschlagnahmt.
Lübeck: 20 Nazis singen faschistische Lieder, im Laufe des Tages kommt es zu Angriffen auf AusländerInnen. Es gab mindestens 25 Festnahmen.

Niedersachsen

Hannover-Döhren: Nazi-Skins überfallen eine Kneipe und greifen Passanten an. Die Polizei beschlagnahmt Waffen.
Hannover-Wennigsen: Nazis schleudern drei Molotowcocktails gegen ein Flüchtlingsheim – die Bewohner können den Brand löschen.
Verden: 100 Nazi-Skins randalieren abends mehrere Stunden in der Innenstadt. Erst als die Skins auch die Polizei angreifen und versuchen mit Steinen den Zugverkehr am Bahnhof zu stören, greift die Polizei ein.
Osnabrück: Zweimal greifen Nazi-Skins eine Mahnwache hungerstreikender KurdInnen an, wobei das Zelt der Mahnwache abgebrannt wird. Daraufhin beschützen etliche Passanten die KurdInnen. Eine Grüne Ratsfrau kritisierte daraufhin, daß die Polizei, trotz Vorwarnung nichts verhindert habe. Außerdem werden das »Aktionszentrum Dritte Welt!« und das »Städtische Info-Zentrum für ausländische Arbeitnehmer« von Nazis beschädigt. Sie hinterlassen Aufkleber der '**Nationalistischen Front**' aus Bielefeld.
Holzminden: Nach unbestätigten Angaben (Cellesche Zeitung) haben sich dort etwa 50 Neonazis versammelt.

Nord-Hessen

Oberweser/Kassel: 15 Neonazis ziehen durch den Ort, beschädigen Autos und rufen in einer Discothek faschistische Parolen.
Bad Soden: Neonazis zerstören eine Ausstellung von Bildern des italienischen Malers Mario Francesi. Sie zerschneiden die Bilder zum Teil und beschmieren sie mit Hakenkreuzen und »Ausländer Raus«-Parolen.

Süddeutschland

Ulm: Am Nachmittag wird eine Frau von mehreren von mehreren Jungfaschisten im alten Friedhof zusammengeschlagen.
Abends versammeln sich 50-60 AntifaschistInnen in der Innenstadt, gleichzeitig zieht eine weitere Gruppe von 50-60 deutschen und »ausländischen« Jugendlichen durch die Innenstadt. Sie machen der Wirtin des »Pferdestalls« deutlich, daß sie auch in ihrer Kneipe keine Faschisten mehr dulden werden.

Sachsen-Anhalt

Magdeburg: Schon am Freitag randalieren Hooligans nach einem Fußballspiel gegen Frankfurt/Oder gegen die Polizei und singen Nazi-Lieder. Am 20.4. kommt es zu mehreren Aktionen der Nazis an verschiedenen Orten der Stadt. Die Polizei spricht von insgesamt 80 Nazis. Am Nachmittag randalieren 50 von Ihnen in einem Straßenbahnwaggon, dabei werden Passanten und auch die Polizei angegriffen. Auch in Dessau und Halle kommt es zu Nazi-Aktionen. In Magdeburg und Dessau nimmt die Polizei 51 Nazis fest.

Sachsen

Leipzig: Nach einem Fußballspiel gegen Chemnitz kommt es zu schweren Ausschreitungen, dabei werden 55 Nazis und Hooligans festgenommen. Drei Nazis dringen in ein Ausländerwohnheim ein, rufen faschistische Parolen und zerstören Teile der Einrichtung. 20 maskierte Nazis terrorisieren PolInnen in einem Zug zwischen Leipzig und der polnischen Grenze.
Dresden: siehe Artikel in diesem Heft

Brandenburg

Sielow/Cottbus: Eine größere Skin-Gruppe skandiert faschistische Parolen, beschädigt einen Bus und blockiert eine Landstraße. 109 Skins werden festgenommen. Außer kommt es in Eisenhüttenstadt zu Ausschreitungen von Hallenser Hooligans. In Birkenwerder werden Passanten von 20 Jungnazis angegriffen.

Thüringen

Ramsla/Weimar: Hier »feiern« 150 Nazis in der Nähe des Konzentrationslagers Buchenwald. In Erfurt bedrohen c.a. 25 Skins die Gäste des Hotels »Erfurter Hof« mit Messern, anschließend greifen Nazi-Skins am Bahnhof PassantInnen an.
Quellen: Zeitungen vom 22.4.: Taz, Neue Zeit, Neue Osnabrücker, Cellesche, Bild-Hannover, Hannoversche Allgemeine, Frankfurter Rundschau, Morgenpost-Hamburg, Deister-Leine Zeitung, FAZ, Tagesspiegel-Berlin, Leipziger Volkszeitung. Wer Interesse am Pressespiegel hat wende sich an: **Antifa-AG** der Uni Hannover, c/o ASTA, Welfengarten 1, 3000 Hannover 1

Berlin

Hier blieben größere Aktionen der Nazis aus. Die Aktivitäten der Führungskader sind auf Grund von Antifa-Aktionen ins Umland, sowie nach Sachsen verlagert worden. Dort greift die Polizei auch nicht massiv ein. Außerdem besteht die faschistische Zentrale Weitlingstraße nicht mehr. Trotzdem sind faschistische Angriffe gerade in den Ost-Stadtteilen alltäglich. Am 20.4. ist ein Teil der gewalttätigen Faschos nach Dresden gefahren. In Berlin kam es wie schon in den Vorjahren zu einem Wettlauf zwischen Antifas und Polizei, bei der Aufspürung von Nazi-Aktivitäten. Die selbstständigen Aktionen der Antifas sind zwar meistens später als die Polizei vor Ort gewesen, doch sie zwingen die Bullen rechtzeitig vor Ort zu sein, damit die Nazis nicht von den Antifas verprügelt werden.

Kurzdokumentation des Antifa-Info Telefons

Im Vorfeld des 20. Aprils setzten sich mehrere Antifa-Gruppen in Berlin zusammen, um für diese Tage eine Struktur aufzubauen, die es ermöglichen soll, Aktionen von FaschistInnen zu beobachten und darauf zu reagieren.

Für diese Tage wurden Infostellen, Fahrwachen und Telefondienste organisiert. Kleinere Gruppen von AntifaschistInnen verteilten sich auf einen Großteil der Stadt, um durch ihre Anwesenheit rechte Aktionen zu verhindern. Hierbei wurden Flugblätter an die Bevölkerung verteilt.
Am Abend des 20.4. wurde zu einer Demo mobilisiert, um für diesen Tag eine starke antifaschistische Präsenz zu zeigen. (siehe Interview im Anschluß)
Nachfolgend nun ein kurzer Abriß der Geschehnisse vom 19.4.-21.4., wie er sich aus den Protokollen des Antifa-Infotelefons ergibt.
Am Abend des 19.4.
- ca. 22.30 Uhr hielten sich in der als Nazi-Treffpunkt bekannten Gaststätte »Zur Mühle« in der Greifswalder Straße etwa 25 Faschos, davon vier in Braunhemden, auf. Nach dem Eintreffen einiger Antifas an der »Mühle« kam zu Auseinandersetzungen mit den Nazis. Bald tauchten

Zivil- und dann uniformierte Bullen auf und beteiligten sich an den Angriffen gegen die Antifas. Ein Antifa wurde auf dem Boden liegend mit gezogener, auf den Kopf gerichteter Waffe festgenommen. Herumstehende GenossInnen drohte der Zivil-Bulle: »*Noch einen Schritt und ich drücke ab!*«
- ca. 23 Uhr sind 10–15 Faschos lauthals »feiernd« und Fahne schwenkend durch die Anklamstraße Richtung Schönhauser Straße marschiert. Von AnwohnerInnen wurde die Polizei informiert, es gab einige Festnahmen.

Am Morgen des 20.4.

- Nachmittags kam die Meldung, daß 25 Faschos Bootsfahrkarten für die »MS Lichtenberg« gekauft haben. Gegen 19 Uhr 30 bestiegen 50 Faschos und einige Zivilbullen am Steig 4 der Anlegestelle Treptower Park den Dampfer. Gegen 23 Uhr legt der Dampfer wieder an. Nach Personalienfeststellung durch die Polizei entfernten sich die »Feiernden« in drei Gruppen.

Die Strategie der Polizei war es den repräsentativen Innenstadtbereich ruhig zu halten, wobei sie die höflich die eintreffenden rechten Trupps zurückschickten, die Antifas dagegen durchsuchten und schikanierten bis sie sich zurückziehen mußten.
- für 20 Uhr gab es eine Antifaschistische Mobilisierung zum Kottbusser Tor (Hier gekürzt siehe Interview)
- in der Nacht kam es noch zu mehreren kleinen Zwischenfällen, wobei eine Antifa-Fahrwache am Alex angegriffen, deren Auto demoliert und die Reifen zerschnitten wurden.

Sonntag früh

- ca. 3.45 Uhr wurden zwei aus dem SchülerInnenladen ISKRA kommende Menschen auf dem Weg nach Hause von vier dort lauernden rechten Schlägern überfallen.

Wir stellten fest, daß von Faschos auch Fahrwachen organisiert worden sind. Diese Auflistung der Ereignisse hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie gibt nur den Ausschnitt der Ereignisse dieser Tage wieder, der die »Höhepunkte« der rassistisch-faschistischen Anmache und Übergriffe darstellt. Wenn ihr noch weitere Aktivitäten der Fascho-Szene beobachtet, dann meldet Euch beim **Antifa-Info-Telefon:** Sa 16–22 Uhr: **692 15 99** ■

Widerstand der ImmigrantInnen gegen Rassismus und Faschismus

Der 20. April ist ein Tag an dem sich übergriffe von Nazis ballen. Wenn Jugendliche aus unterschiedlichen Nationalitäten an diesem Tag gegen den Naziterror auf die Straßen gehen, dann machen sie es selbstverständlich nicht um Geburtstag zu feiern oder diesen Tag aufzuwerten, sondern um sich gegen die alltäglich gewordene Bedrohung zur Wehr zu setzen.



In Berlin nahmen ca. 1.500 hauptsächlich jugendliche DemonstrantInnen, mit türkischen, arabischen oder deutschem Pass die Initiative in die Hand, um für ihre Belange einzutreten. Ziel der Demo war der Berliner Stadtteil Lichtenberg, der durch die Aktivitäten der 'Nationalen Alternative' als Hochburg der Nazis bekannt geworden ist und wo die Faschisten nach wie vor starken Einfluß auf Jugendliche ausüben. Wir sprachen mit einem Aktivisten von Antifasist Gençlik, einer Berliner Antifagruppe von Menschen aus der Türkei, die die Demo vorbereitet haben. (der Name ist von der Redaktion geändert)



»Wir sind keine AusländerInnen...«

INFO: ***Warum habt ihr am 20. April eine Demonstration gemacht?***

Erol: Es gab für uns zwei wichtige Gründe: Seit dem 100. Geburtstags Hitlers vor zwei Jahren gehen die Nazis an diesem Datum verstärkt auf die Straßen. Ihr erinnert euch sicher noch an die 'BZ'-Überschrift damals, als dort stand die türkischen Menschen würden sich nicht mehr auf die Straßen trauen. Die Nazis versuchen Angst zu verbreiten, wir wollen zeigen, daß sie uns nicht erschrecken und einschüchtern können. Bei unseren Eltern, als der ersten Generation, die nach Deutschland gekommen war, ist die Haltung weit verbreitet: Die Klappe halten, wir sind nur Gast hier, wir gehen sowieso wieder zurück, dafür arbeiten wir und haben auch nicht ein so großes Interesse an den politischen Verhältnissen in Deutschland. Für uns ist das nicht so.

Die dritte Generation ist in diesem Land geboren und die zweite Generation ist hier aufgewachsen. Wir fühlen uns anders als unsere Eltern: Die Stadt ist auch unsere Heimat, wir sind keine AusländerInnen, wir wollen die gleichen Rechte wie die Deutschen und dafür werden wir auch kämpfen – gerade auch gegen den Rassismus und die Diskriminierung als Menschen zweiter oder dritter Klasse durch den BRD-Staat. Wir und auch viele andere Jugendliche haben Wut. Ein 16–18jähriger Jugendlicher lebt hier wie ein Deutscher, geht in die selben Schulen und wird trotzdem diskriminiert aufgrund seiner Hautfarbe und Nationalität. Seit der Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes haben wir gemerkt, daß das Klima gegen uns schärfer wird, dazu kommt der Terror von Nazis und Rassisten.

So ein Datum wie der 20. April heißt für uns, daß wir auf der Straße sind, nicht zu Hause bleiben und Angst haben. Wir äußern uns politisch und zeigen, daß wir uns durchsetzen können.

Viele Jugendliche sind unruhig geworden und wollen was machen, wissen aber oft nicht genau, wie sie die Verhältnisse ändern sollen. Wir wollen sie politisieren, weil sie ja die gleichen Probleme wie wir haben. Viele Jugendliche fühlen genauso wie wir, aber handeln nicht durchdacht, sondern nur spontan aus dem Bauch heraus. Wir wollten zusam-



men mit Ihnen auf die Straße gehen, die politische Realität erklären, um Bewußtsein darüber zu verbreiten, wie unsere Lage hier aussieht.

INFO: ***Wie habt ihr die Demo vorbereitet?***

Schwierigkeiten bei der Vorbereitung

EROL: Vor dem 20. April haben wir verstärkt Kontakt zu unterschiedlichsten Jugendgruppen aufgenommen. Es war für uns nicht von Anfang an klar, ob eine Demo stattfinden soll oder nicht. Dann haben wir mitgekriegt, daß viele eine Demo wollten. Wir haben also einen Aufruf und Plakate veröffentlicht und wollten auch die deutsche linke Szene mobilisieren.

Überrascht waren wir dann am 20sten über die große Zahl der DemoteilnehmerInnen, im Vergleich zu den letzten Jahren. Obwohl wir viele persönliche Gespräche in der Vorbereitungsphase geführt haben, waren wir nicht so gut vorbereitet wie z.B. letztes Jahr, als wir zusammen mit einigen Jugendgangs intensive Diskussionen geführt hatten. Auch die Vorbereitung mit den deutschen Antifa-Gruppen lief nicht so gut, da kam nur von wenigen ein größeres Interesse im Vorfeld. Eigentlich sollten diese ganzen Gruppen so eine Demo zusammen vorbereiten. Daher war dann der Verlauf der Demo zwischendurch etwas chaotisch.

Wir hatten den Ablauf so geplant: Uns erst in Kreuzberg zu treffen, sehen wie viele wir dann sind, über Fahrwachen mitzukriegen,ob die Nazis größere Aktionen machen und dann dorthin zu gehen.

Ich denke positiv war, daß wir viele Leute waren. Die Stimmung war gut und wir haben versucht dorthin zu gehen, wo die Nazis aktiv sind, auch wenn die Polizei die Demo dann in Lichtenberg mit Gewalt aufgelöst hat. Aber es war ein Erfolg, weil wir es immerhin versucht haben.

INFO: ***Wie ist die Demo dann gelaufen?***

EROL: Eigentlich wollten wir uns ja um 20 Uhr sammeln und eine Kundgebung abhalten. Doch eine andere, hauptsächlich türkische Gruppe, die RIM, hatte schon für 18 Uhr mobilisiert, obwohl wir vorher mit ihnen geredet haben, dieses Jahr nicht gegeneinander zu arbeiten. So gab es dann schon seit einiger Zeit Ärger mit den Bullen, die überall in Kreuzberg ihre Kräfte zusammengezogen hatten. Das war



schlecht für einen guten Ablauf der Kundgebung. Die Bullen sind ständig zwischen den Leuten rumgelaufen und haben provoziert und gestört – so konnte keine Kundgebung laufen. Wenn wir bis 20 Uhr geblieben wären, hätten die Bullen eingegriffen. So sind wir schon vor 20 Uhr losgezogen und viele Leute, die zur angekündigten Zeit erschienen sind, konnten die Demo dann nicht mehr finden. Das war der Fehler der RIM, weil sie unverantwortlich gegen unsere Mobilisierung gearbeitet haben.

Als die Demo dann mit bester Stimmung durch den Kreuzberger Kiez losgegangen war, haben die Bullen versucht einen Anmelder des Aufzuges zu finden und mit uns zu verhandeln. Hinter der Oberbaumbrücke auf dem Weg nach Friedrichshain haben wir dann gesehen wie viele wir sind. Ab da hat die Polizei versucht zu provozieren und ab der Grenze zu Lichtenberg uns aufgefordert, die Demo aufzulösen. Den ersten massiven Angriff auf uns mit Schlagstöcken und Tränengas konnten wir noch abwehren. Doch viele Leute waren ab da erschrocken und sind gegangen.

Wir sind trotzdem weitergezogen bis zur Weitlingstraße und da wollten die Bullen uns nicht mehr weitergehen lassen. Während wir mit Ihnen in Verhandlung standen griffen die Prügeltrupps den verbliebenen Rest der DemonstrantInnen an und lösten die Demo auf. Dannach gab es dann einige Hetzjagden auf kleinere Gruppen von uns durch die Bullen und Gruppen der Nazis.

Zu dem Zeitpunkt der Auflösung waren wir wohl schon ein bißchen verunsichert und das haben die Bullen ausgenutzt. Das war auch unter anderem unser Fehler. Wir haben vorher gesehen, daß viele Leute gegangen sind und daß ein Polizeikessel vorbereitet wird. Das wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, die Demo aufzulösen, um dann eventuell in kleineren Gruppen weiterzuziehen.

INFO: ***Was kann nächstes Jahr besser gemacht werden?***

EROL: Die Vorbereitung muß besser werden, vor allem in der Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppen. Von allen Gruppierungen, die ein Interesse haben was zusammen zu unternehmen. Zum Beispiel mit den internationalen Jugendgangs zusammen. Wir waren zwar wieder



gemeinsam auf der Straße, aber wir haben uns nicht gut genug abgesprochen. So können wir das nächste Mal einige Fehler vermeiden.

INFO: ***Wie wollt ihr politisch weiter arbeiten?***

EROL: Es ist deutlich, daß die zweite und dritte Generation unruhig ist, wegen des Rassismus in Deutschland. Alle Nicht-Deutschen Leute sollen an ihren gemeinsamen Interessen zusammenkommen und sich äußern, um ihre Probleme zu lösen. Für die Antifa-Politik heißt das, gegen den Rassismus und Terror der Nazis vorzugehen. Das wollen wir mit allen unterdrückten Nationalitäten zusammen tun.

Außerdem wollen wir auch mit den deutschen Antifas weiter zusammen arbeiten und kämpfen. Wir wollen nicht, daß die Spaltung von Oben in Deutsche und Nicht-Deutsche aufgeht. Wir wollen verschiedenste Formen der Zusammenarbeit von Öffentlichkeitsarbeit bis zur antifaschistischen Selbsthilfe.

INFO: ***Ihr habt jetzt die vierte Ausgabe des »Antifasist Haber Bültenis« herausge-***

4. Ausgabe des »Antifasist Haber Bülteni« erschienen

bracht. Über welche Themen schreibt ihr dort?

EROL: Diese Zeitung verteilen wir hauptsächlich an Jugendliche, aber wir versuchen alle Interessierten damit anzusprechen. Diesmal befaßt sie sich im Schwerpunkt mit den Jugendgangs. Neben Interviews mit Ihnen haben wir einen Artikel über das Verhältnis der demokratischen und linken türkischen Organisationen zu den Gangs geschrieben. Sie klagen immer nur darüber, daß die Gangs Gewalt ausüben und machen gegen sie Propaganda. Wir haben gesagt, was wir an den Gangs eigentlich positiv finden.

INFO: *Welche Sachen meint ihr damit?*

EROL: Seitdem Nazis und Rassisten offener und aggressiver auftreten, sind die Jugendlichen auch deshalb spontan zusammengekommen, um sich zu wehren. Wir finden es gut, daß sich Nicht-Deutsche gegen Rassismus zusammenschließen.

Wenn die demokratischen oder linken Gruppen ein verantwortliches Verhältnis zu den Gruppen hätten, würden sich diese Gruppen viel politischer verhalten können, um sich besser zu wehren. Wir haben gesehen, daß die Jugendgruppen Interesse an den Aktivitäten der Linken haben, so z.B. am »Vereinigungstag« dem 3. Oktober oder auch am 1. Mai. Diese Entwicklung sehen die demokratischen oder linken Gruppierungen nicht.

Sich gegen den Rassismus zusammenzuschließen steht bei den Gangs, im Unterschied zu der Zeit vor drei oder vier Jahren, mehr im Vordergrund.

Wir haben auch über unsere Kritik an den den Jugendgangs geschrieben, weil sie gefühlsmäßig immer noch so handeln, wie früher, als die großen Gruppen dafür da waren um Stärke zu zeigen und sich Geld oder sonstwas zu organisieren. Doch auch damals war der Hintergrund, der zur Bildung von unterschiedlichen Straßengangs geführt hat der Rassismus in Deutschland, der seit dem Wahlerfolg der 'Republikaner' in Berlin extremer spürbar geworden ist.

Weitere Kritik haben wir an dem sexistischen Verhalten, welches bei vielen verbreitet ist und an dem türkischen Nationalismus, der ja erstmal auch eine Trotzreaktion auf den deutschen Nationalismus ist. Unsere Kritik zielt dahin, daß es nicht reicht, nur aus dem Gefühl zu handeln, daß es falsch ist sich untereinander um Gebiete zu prügeln und einander zu bekämpfen. Es gibt viele, die normale und arme Leute beklauen, anstatt sich die Sachen von den Reichen zu holen.

INFO: ***Eure Kritik richtet sich demnach auch gegen deutsche linke Gruppen?***

Kritik an die Linke

EROL: Darüber haben wir in der türkischsprachigen Zeitung nichts geschrieben. Doch dieselbe Kritik habe ich auch an die deutsche Linke. Sie distanziert sich von den Jugendgangs, weil die Jugendlichen oft sexistisch und nationalistisch sind und will nichts mit ihnen zu tun haben. Das die Jugendlichen oft so sind ist richtig, doch wir müssen was mit ihnen zusammen machen und diese Sachen kritisieren. Nur durch praktische gemeinsame Erfahrungen kann sich etwas Anderes entwickeln. Gehen wir nicht auf die Jugendlichen zu, beeinflussen die nationalistischen Gruppen die Entwicklung, und das würde den Nationalismus und Sexismus steigern.

Weitere Themen sind der Mord an Jorge Gomondai in Dresden, über den 20.April und Kurdistan. Der Artikel stammt von einem Flugblatt der PKK über die Lager der irakischen KurdInnen in der Türkei und die Politik des türkischen Staates gegen das Recht auf Selbstbestimmung der Kurden. Außerdem schreiben wir über die Bedeutung des Ausländergesetzes für türkische Frauen und über den § 218.

Kontakt:
Antifasist Haber Bülteni,
Gneisenaustr. 2a,
1000 Berlin 61



Abschiebung verhindert

Am 18.5.'91 wollte der Westberliner Senat unter direkter Verantwortung der Ausländerbehörde zwei kurdische Männer in die Türkei abschieben. Einer der beiden kam 1979 nach Berlin und wurde bereits 1984 schon mal in die Türkei abgeschoben. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, obwohl ihm wegen früherer Mitgliedschaft in der kurdischen PKK in der Türkei Gefängnis drohte. Außerdem saß er als Heroinabhängiger wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz im Knast, ein bereits vorhandener Therapieplatz bei »Synanon« wurde ihm wegen zu erwartender Abschiebung verweigert.

Diese Abschiebungen sollten trotz Beschluß des Abgeordnetenhaus und der Bundesinnenministerkonferenz – keine KurdInnen abzuschieben – durchgeführt werden.

Die geplante Abschiebung wurde erst einen Tag vorher bekannt, so daß es schwierig war, Menschen zur Verhinderung zu mobilisieren. Umso erfreulicher war es, daß am Samstag vormittag am Schalter der Istanbul Airlines sich ca.100 Menschen einfanden, um die Abschiebungen zu verhindern. Trotz zeitweiligem brutalem Vorgehen der Polizei, war es möglich die Abfertigung der Fluggäste zu beeinträchtigen und die Passagiere über die geplante Abschiebung zu informieren. Die Passagiere wurden aufgefordert sich an der Verhinderung zu beteiligen, z.b.dadurch, daß sie sich im Flugzeug nicht anschnallen oder stehenbleiben.

Diese Öffentlichkeitsarbeit war erfolgreich, eine Passagierin weigerte sich hinzusetzen, falls die beiden Männer ausgeflogen würden. Nach Diskussion mit der Besatzung, weigerte sich diese dann ebenfalls, sich an der Abschiebung zu beteiligen. Die Abschiebung konnte nicht durchgeführt werden, die gesamte Aktion war trotz zweier Festnahmen ein Erfolg, vor allem wegen des Zusammenspiels von Öffentlichkeitsaktion und Eingreifen von PassagierInnen.

Dieser Erfolg ist umso wichtiger, weil nach dem neuen »Ausländergesetz« zum 30.6.'91 die von den jeweiligen Länderregierungen erlassen Duldungen auslaufen und mit massenweisen Abschiebungen zu rechnen ist. ■

Wunsiedel

Wie in den letzten Jahren, so wird es auch in diesem Jahr anläßlich des Todestages von Rudolf Heß wieder eine Demo der Faschos und eine Gegendemo geben. Für die Faschodemo wird bereits groß mobilisiert, sie bieten Fahrmöglichkeiten von verschiedenen Städten aus an. Für die Gegenaktion wurden mehrere Möglichkeiten diskutiert, so z.B. »Rock gegen Rechts«. Diese Idee wurde aber für unrealisierbar gehalten (keine Genehmigung, kein ausreichender Platz in der Nähe). Konsens bei den letzten Diskussionen war, geschlossen vorzugehen. Nur ein gemeinsam getragenes, entschlossenes Verhinderungskonzept kann zum Ausdruck bringen, daß wir den Faschistenaufmarsch nicht dulden werden.

Von der juristischen Seite her sehen wir wenig Chancen, ein Konzert durchzubringen, wenn es verboten wird. Bei einer Demo, die als Gegendemo am selben Tag angemeldet wird, wirds schon schwieriger, nur unsere Demo zu verbieten. Aber auch da müssen wir mit allem rechnen.

Setzen wir auch in diesem Jahr alles für ein gutes Gelingen unserer Demonstration ein und probieren wir, den Aufmarsch der Faschisten zu stören oder zu verhindern! ■

Genomanalyse gegen Antifa's?

In Braunschweig stellten sich im September 1990 zwei bekannte Rechtsaktivisten nach einer Feier mit Freunden mit Platzwunden in einem Krankenhaus vor. Bei der Polizei haben sie Anzeige gegen unbekannte, vermummte, Angreifer wegen Verletzung mit gefährlichen Gerätschaften erstattet.

Einer der beiden Nazis meinte, während der Auseinandersetzung einen der Beteiligten mit einem Messer erwischt zu haben. Aus einer Fotosammlung der Braunschweiger Polizei fühlten sich Uwe Mokry und Uwe Preen in der Lage, trotz der Vermummung drei Personen zu identifizieren. Die Staatsanwaltschaft klagt nun wegen gefährlicher Körperverletzung.

Allein die Behauptung, vermummte Antifaschisten auf Fotos erkannt zu haben, dient einem Braunschweiger Amtsrichter als Begründung, eine zwangsweise Genomanalyse mit dem Verdachtsmoment »antifaschistisch aktiv« anzuordnen. Dies,obwohl noch unklar war, ob es sich bei denMesserverschmutzungenüberhaupt um Blut handelte.

Die Angeklagten wehren sich gegen die gentechnische Untersuchung, auch wenn sie dadurch in den Augen des Gerichtes die Möglichkeit verspielen, ihre Unschuld zu beweisen. Die umstrittenen Erbgutanalysen, bekannt auch als »genetischer Fingerabdruck«, wurden bisher nur bei Kapitalverbrechen und vereinzelt bei Vaterschaftsklagen angewendet. Das Vorpreschen des Braunschweiger Amtsgerichtes könnte ein Pilotprojekt sein, um die Anwendung des genetischen Fingerabdruckes auszuweiten.

Kontakt: Antifaschistisches Cafe, Freitag ab 20 Uhr im Infoladen Cyriaksring 55, Braunschweig.

Da diese Methode auch datenschutz- und verfassungsrechtlich äußerst fragwürdig und wissenschaftlich umstritten ist, werden wir in einer weiteren Ausgabe darüber noch einmal ausführlicher berichten. ■

Antifaschistisches Meldetelefon in Bielefeld

Jeden Dienstag von 16–20 Uhr könnt ihr unter 0521/171253 dort Beobachtungen über Nazi-Aktivitäten in der Region mitteilen. Zur gleichen Zeit ist auch in der Heeperstr. 232 im Infoladen 'Anschlag' Antifatag. Leider ohne Angabe einer Bestelladresse ist im Raum Bielefeld eine lohnende Broschüre, 'Die Antifaschistische Selbsthilfe organisieren' erschienen. ■



Ulm
Mit einem Flugblatt in deutsch und türkisch wird zum Infoladentag im 'Falkenkeller', Schillerstr. 1 eingeladen. Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat mit Telefonanschluß 0731/64177. ■

Lübeck
Auch die Hansestadt hat nun ein Antifaschistisches Cafe als Treffpunkt für Interessierte, um sich besser gegen den wiedererstarkten Neofaschismus in der Stadt wehren zu können. Infos und Unterstutzung gibt es dort montags von 15–20 Uhr in der 'Alternative', Auf der Wallhalbinsel 27, 2400 Lubeck, Tel. 04501/705434 ■

Hamgurg-Rahlstedt
Am 13.April zogen 1.000 Menschen durch den Hamburger Außenbezirk. Aufgerufen hatten ortliche Antifa-Gruppen und der autonome Zusammenschluß Antifa-Hamburg, sowie einzelne Juso Gruppen. Seit mindestens zwei Jahren gilt der Stadtteil als Hochburg rechtsextremer Jugendlicher unter denen die '**JN**' (Junge Nationaldemokraten) und die '**FAP**' organisatorisch tätig sind. Den Anlaß für diese Demo war ein Brandanschlag auf ein Haus eines Menschen, der gegen faschistische Angreifer Anzeige erstattet hatte. ■

Bonn-St.Augustin
Als Reaktion auf den zunehmenden rechten Terror in dieser Gegend verteilten Antifas im Marz Flugblätter in der Nachbarschaft der beteiligten Nazis. Die Faschisten **Stephan Niemann** und **Ulrich Henn** von der '**FAP**' gehoren zu den Akteuren, die hauptsachlich jungere zu Aktionen anstiften:

Dazu gehoren Hakenkreuzschmierereien, die Bespruhung des SPD-Buros mit »Scheiß Judenschweine«, sowie zahlreiche Uberfälle auf Jugendliche, »AusländerInnen« und sogar auf ein 10-jähriges Kind. Den Anwohnern wurden die Adressen der an den Ausschreitungen Beteiligten mitgeteilt. ■

1986 Jugendgruppe gegen Faschismus und Rassismus – Antifa Jugendinfo – Antifa-Jugendfront – 1991
Im Juni 1986 traf sich zum ersten Mal die »Jugendgruppe gegen Faschismus und Rassismus«, die sich spater Antifa-Jugendfront (AJF) nannte. Seitdem sind funf Jahre ins Land gegangen, in denen sie sich dem Kampf gegen Faschismus und Rassismus, gegen Sexismus und Deutsch-Nationalismus verschrieben hatte. Wahrend die DDR kapitulierte, machte die Jugendfront weiter. Sie uberlebte Rudolf Hess und Michael Kuhnen, die politischen Karrieren von Andres und Kewenig, den Aufstieg und Fall der REPs wie des Rosa-Grünen Senats. Sie gab zehnmal im Jahr das Antifa-Jugendinfo heraus (und ist damit dieses Jahr bei der funfzigsten Ausgabe angelangt). Funf Jahre Antifa-Jugendfront: **Happy Birthday, AJF!** Wer sich fur die Geschichte der AJF etwas genauer interessiert: Die Ausgabe Nr. 50 des Antifa-Jugendinfos wird sich mit der Geschichte der Gruppe beschaftigen. Zu bestellen bei: **Antifa-Jugendfront, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61**

'Document Center' der DDR zugänglich

Das ehemalige Sonderarchiv der Staatssicherheit der DDR für Dokumente aus den Jahren 1933 bis 1945 kann zur Zeit genutzt werden.

Berlin-Hohenschönhausen, Straßenblock Freienwalderstraße: Im II. Weltkrieg war hier ein Zwangsarbeitslager. 1945 wurde ein Internierungslager der Roten Armee eingerichtet. Die Stasi brachte in der Nr. 17/19 Dokumente aus den NS- Archiven unter. Das Bundesarchiv Koblenz hat nun hier eine Aussenstelle errichtet um die Sammlung der Staatssicherheit zu ubernehmen.

Ein Großteil der alten NS-Archive wurden nach 1945 in der Sowjetunion gesammelt, bevor sie in den 50er Jahren an die DDR gegeben wurden. Die Stasi hatte personenbezogene Daten in der Freienwalderstraße im bisher unzugänglichen Sonderarchiv gesammelt. Das Bundesarchiv hat zur Zeit die Sammlung ubernommen und die Akten zuganglich gemacht.

Beim Eintritt in das Gebaude wurden wir zunachst von einem Pfortner zur Personenkontrolle zuruckgehalten und unsere Namen aus dem Personalausweis abgeschrieben. Der Pfortner hat eine »wichtige« Funktion. Er und alle weiteren Angestellten bis auf die neubestellte Leiterin sind noch altes Personal. Er entscheidet zunachst, ob man einfach zu den Archivaren durchgelassen wird oder ob man nicht vielleicht besser der Leiterin vorgestellt wird. Wird man in das Archiv eingelassen, kann man Akten von Tatern und Opfern mit Hilfe einer Namenskartei bei den Archivaren bestellen. Wir kamen erst nachmittags und bekamen die Akten am nachsten Tag zur Einsicht.

Noch nicht zuganglich ist eine bisher ungeordnete Sammlung von Kranken- und Deportationsunterlagen jener »psychisch Kranken« die 1940 in Gaskammern ermordet wurden.

Das Gesprach mit der Leiterin, Frau Mühl-Benninghaus, war anstrengend. Völlig uberarbeitet ist sie damit beschäftigt ihre Aufgabe zu erfullen: nichts soll ohne ihre Kontrolle passieren. Die alten eingearbeiteten Mitarbeiter, die das Archiv aufgebaut haben, sind wohl ein zu großer Unsicherheitsfaktor, sie sollen alle entlassen werden. Etwa eine Million Namen haben sie in der Kartei gesammelt. Noch ist Zeit fur ein personliches Gesprach.

Doch schon jetzt sind einige Akten nicht mehr zu finden. Akten der Deutschen Bank sind



an die Aussenstelle Potsdam des Bundesarchives gegangen, um sie der Deutschen Bank zugänglich zu machen. Akten des ehemaligen Bundestagspräsidenten und vormals Naziinformanten Eugen Gerstenmeier sind an die Humboldt Universität gegangen. Akten des ehemaligen Bundesministers für Flüchtlingsfragen und Kriegsverbrechers Theodor Oberländer wurden ans Kammergericht nach Westberlin gegeben. Personalakten des KZ-Ravensbrück sind in die dortige Gedenkstätte gegeben. Unterlagen des Sondergerichts Freiberg, der NS Polizeipräsidenten Jena, Gera und Erfurt sind an Landesarchive gegangen. Im Staatsarchiv Schwerin lagern Akten des Oberfinanzpräsidenten Schwerin über Deportationsunterlagen jüdischer Mitbürger. Man sollte sich also mit konkreten Anliegen beeilen, denn wie lange das Archiv zugänglich bleibt ist offen. Jochen Gauck, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Stasiakten, will das Archiv unter seine Aufsicht nehmen.

Bundesarchiv, Abteilung Potsdam, Aussenstelle
O–1092 Berlin Hohenschönhausen
Freienwalderstr. 17/19
Öffnungszeiten:
Mo. – Fr. 8 – 15 Uhr.
Tel. Ostberlin: 372 13 77 ■

An alle AntifaschistInnen !

Nachdem der Antifaschistische Kalender '91 so gut angekommen ist, ist gerade der für 1992 wieder in der Mache.

Wir, die Kalendergruppe '92 (Antifas aus verschiedenen Städten), sind daran interessiert den Kalender im Serviceteil zu aktualisieren, d.h. wir wollen nur aktuelle Adressen drin haben. Also falls ihr im letzten Kalender nicht aufgeführt sein solltet, dann schickt uns eure Kontaktadresse zu; falls sich was geändert hat, oder falls ihr so drin bleiben wollt schickt ebenfalls eine kurze Nachricht.

Schreibt auch dazu, unter welcher Adressenrubrik ihr erscheinen wollt: Antifa-Adressen, Flüchtlingspolitikadressen, Infoläden und Zentren, Rechtshilfen und Ermittlungsausschüsse.

Der Kalender '92 wird sich in mehreren Texten schwerpunktmäßig mit Rassismus/ Faschismus in Bezug auf das Projekt »Festung Europa 92« beschäftigen. Aber es ist auch wieder eine Vielfalt an anderen Themen, u.a. »Antifaschistische Kulturfähigkeit«, »Frauen in Antifa-Zusammenhängen«, »Sicherheitsstaat« etc.

Falls ihr noch Interesse habt etwas zu veröffentlichen, dann schickt es uns zu (Redaktionsschluß ist auf jeden Fall in Kürze Anm. Info).

Und noch eine kurze Bitte: Wenn ihr daran interessiert seid den Kalender weiterzuverkaufen, dann bestellt bitte frühzeitig, damit wir die Auflagenhöhe besser kalkulieren können.

Wir bieten den Kalender für alle, die bis zum 15. 7. bezahlen wieder zu einem Subskriptionspreis 8,50 DM an (später dann 9,50 DM), ab 5 Stück 30 % Rabatt/ Ab 50 Stück 35 %/ ab 100 Stück 40 %. Bitte schickt ausreichend Porto mit. Der Kalender erscheint Mitte August.

Ciao, Kalendergruppe '92
c/o Unrast
Querstr. 2,
4400 Münster ■

Theo Pinkus verstorben

Der Antifaschist Theo Pinkus ist am 5. Mai in Zürich im Alter von einundachtzig Jahren verstorben. Theo: »*Ich will nicht Kapitalist werden*«.

Mit 15 Jahren engagierte der 1909 in Zürich geborene Theo sich in linken Schülerzirkeln, mit Siebzehn schrieb in sein Tagebuch: »*Ich will nicht Kapitalist werden. Ich muß in der sozialistischen Bewegung mitarbeiten. Ein Muß. Ich muß.*« Ein Jahr später geht er nach Berlin, er hat eine Lehrstelle beim Ernst Rowohlt Verlag gefunden, und wird Mitglied der KP. Nach dem Reichstagsbrand wird ihm Berlin als Juden, der als KPD-Agitpropfunktionär in Schöneberg und später in der Reichsleitung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) tätig war, zu heiß. Der KP bleibt er treu, auch als sie nach Kriegsbeginn verboten wird, auch, als er noch in der Illegalität – wegen angeblichem Reformismus und Sozialdemokratismus – zeitweise ausgeschlossen wird. Theo zum Faschismus: » *Die Lehre, die man ... aus der Basisgeschichtsforschung ... ziehen muß, ist, daß das faschistische an Vorurteile und an Mentalitäten anknüpft, die in wichtigen breiten Bevölkerungsschichten vorhanden sind, und auf die sich dann irgendwelche politische und vor allen Dingen wirtschaftlich mächtige Kräfte, die ihre eigenen Interessen ... gegen die Arbeiterbewegung ... durchsetzen wollen, stützen.*«

In Zürich hat Theo eine Sammlung für Literatur aus den Ländern des Ostblocks und einen Büchersuchdienst eingerichtet. Sein Buchladen in der Froschaugasse ist eine bekannte Adresse. Seiner Stiftung Studienbibliothek, ließ er aus seinem Privatbesitz über 11.000 Bände und kostbare Raritäten zur Geschichte der Arbeiterbewegung zugehen. Mit Freunden gründete er eine Tagungsstätte , Haus Salecina, am Maloja-Paß. Als Verleger gibt er vierzig Jahre den »Zeitdienst« heraus.

Im Infoblatt Nr. 6/7 sprachen wir mit ihm über die Entwicklung des Faschismus in der Weimarer Republik und über das Anwachsen des Neonazismus heute. Theo: »*Man muß Wege finden, das Eindringen von faschistischen Tendenzen und den Übergang von Jugendlichen zur extremen Rechten zu verhindern. Nicht unbedingt mit Gewalt, sondern mit entsprechenden anderen Sachen wie Veranstaltungen und sonstigen Möglichkeiten, mit Selbsthilfe. Mit einer Politik, die auf gegenseitiger Hilfe basiert. Aber man soll dabei bleiben, was man im Kopf hat, nämlich eine andere Gesellschaft, eine die nicht immer auf gewaltsam ausgetragene Konflikte hin tendiert und so immer wieder Faschismus als Herrschaftsmittel ... mitproduziert – wie es heute eben die kapitalistische Profitwirtschaft tut.*«

In Berlin haben sich Leute aus verschiedenen Antifa- Gruppen zusammengesetzt, um ein gemeinsames Diskussionspapier zum Thema Antisemitismus zu schreiben. Bei uns gab es zu einigen Punkten kontroverse Meinungen. Wir finden aber solche Initiativen sehr wichtig und hoffen, daß dieses Thema weiter diskutiert wird. Leute, schickt uns auch in Zukunft weiter Diskussionspapiere!



Antisemitismus - ein Thema (nicht nur) für Antifas

Beiträge von Leuten aus der Berliner Antifa

Die verkannte Gefahr

Mit Beginn des Golfkrieges und der Bedrohung Israels durch irakische Raketen und Giftgas (z.T. aus deutscher Produktion), hat sich die politische Auseinandersetzung um Israel innerhalb linker Kreise zugespitzt. So wichtig diese Auseinandersetzung auch ist, droht durch sie in den Hintergrund gedrängt zu werden, welche Bedeutung der Antisemitismus nicht nur hierzulande als Bindemittel für die erstarkende Rechte hat. Schon Hitler sah im Antisemitismus den »Zement« der NS-Bewegung. Daran hat sich nichts geändert.

Die Diskussion um die Aktualität von Antisemitismus heute, liefert zudem auch eine Grundlage zum besseren Verständnis der Israel-Debatte. Die sowjetischen JüdInnen, die zur Zeit so zahlreich nach Israel auswandern, sind in ihrer Mehrheit nicht als ZionistInnen zu bezeichnen. Sie fliehen vor der gefährlich um sich greifenden Gefahr des Antisemitismus in der Sowjetunion, der dort bereits erste Todesopfer gefordert hat. Sie sind auf der Flucht vor dem gemeinsamen europäischen Erbe des Antisemitismus, der zwischen 1933 und 1945 seinen bestialischen Höhepunkt in der Vernichtungspolitik der Nazis fand.

Aktuelle Zuzugbeschränkungen in der BRD oder in den USA, für viele AuswanderInnen Wunschziele, lassen ihnen kaum eine andere Wahl, als nach Israel zu gehen. Dort werden sie für eine Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten benutzt, die versucht durch die Ansiedlung der sowjetischen JüdInnen vollendete Tatsachen zu schaffen, die den Anschluß dieser Gebiete an Israel unumkehrbar machen.

Im Zusammenhang mit den angesprochenen Themen kommt es immer wieder zu Gleichsetzungen von Zionismus und Faschismus einerseits (indem die israelische Politik als faschistisch bezeichnet wird) und Antizionismus und Antisemitismus andererseits (mit der Kritik an der israelischen Politik begegnet wird). Dieses Verwirrspiel ist oberflächlich und falsch. Das zeigt, wie notwendig die genaue Auseinandersetzung mit diesen Themen ist.

Das hat uns, Leute aus verschiedenen Berliner Antifa-Gruppen, zusammengeführt, um uns selber mehr Klarheit zu verschaffen. Wir konnten nicht auf alle Fragen eingehen, die wir uns selbst gestellt hatten. Dazu fehlte auch die Zeit. Ihr werdet an dieser Stelle keine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Zionismus und israelischer Politik finden. Die Gruppe hat sich vorgenommen, dies nachzuholen.

Die folgenden drei Beiträge, die aus unserer Diskussion hervorgegangen sind, beschäftigen sich mit der Bedeutung des Antisemitismus, den abschiebebedrohten sowjetischen JüdInnen in Berlin und der aktuellen israelischen Siedlungspolitik, die für die sowjetischen JüdInnen eine wichtige Rolle spielt.

Einfache Antworten haben wir nicht gefunden und es ist keine leichte Aufgabe, nicht unter dem Druck von der einen oder anderen Seite zu einer Beurteilung der angesprochenen Fragen zu gelangen. Möglicherweise ist es uns nicht immer gelungen. Trotzdem - die Diskussion darüber muß von vielen Menschen geführt werden, versteht das als Aufforderung an euch selbst.



Bedeutung des Antisemitismus

Antisemitismus war auch nach 1945 immer Bestandteil nicht nur faschistischer Ideologie und Propaganda in der BRD. Er gehört auch zum Repertoir sogenannter bürgerlicher Kräfte (um nur ein Beispiel zu nennen, sei an die CDU-Hetze gegen den grünen Politiker Dany Cohn-Bendit im hessischen Wahlkampf '89 erinnert).

Immer wieder kam es auch zu Schändungen jüdischer Friedhöfe, die offiziellen Polizeistatistiken sind voll davon. Zu einer Welle antisemitischer Schmierereien, bei der auch viele jüdische Friedhöfe verwüstet wurden, kam es z.B. 1960. Damals ermittelte man insgesamt 1083 Täter. Fast die Hälfte der Fälle wurde als »unpolitische Rowdy- und Rauschtaten« heruntergespielt.

Im Zusammenhang mit der Fernsehausstrahlung der Serie »Holocaust« im Jahre 1979 kam es zu einer weiteren Welle antisemitischer Aktionen, u.a. Sprengstofanschläge auf Sendeeinrichtungen bei Koblenz und Coesfeld.

Der Terror richtet sich ebenso gegen Menschen: JudInnen oder Menschen, die für solche gehalten werden, werden bedroht und in Briefen oder Anrufen belästigt. 1981 wurden ein jüdischer Verleger und seine Lebensgefährtin von einem Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann ermordet. Die jahrzehntelangen Bemühungen der sogenannten Geschichtsrevisionisten, den Massenmord an den JüdInnen herunterzuspielen oder zu leugnen (»Auschwitz-Lüge«), tun ein übriges, das Bild zu vervollständigen.

Seit über einem Jahr nun häufen sich derartige Vorfälle wieder und in den Medien wird von einem Anwachsen des Antisemitismus, insbesondere in der ehemaligen DDR gesprochen.
Die folgenden Beispiele geben einen kleinen Eindruck:
– Auf dem »Republikaner«-Parteitag Anfang 1990 setzt Parteichef Schönhuber die Kette antisemitischer Äußerungen von ihm und Parteifreunden fort und bezichtigt den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, selbst am Antisemitismus schuld zu sein. Eine beliebte Methode: Aus Opfern werden Täter gemacht. Mit den Angriffen auf Galinski machten die REP im letzten Herbst auch Wahlkampf.
– Im Zusammenhang mit dem Hitler-Geburtstag 1990 wird an einer jüdischen Gedenkstätte in Berlin ein Schweinekopf mit einer antisemitischen Hetzschrift aufgehangen. Von ähnlichen vorangegangenen Aktionen an dieser und an anderen Gedenkstätten war u.a. auch die Gedenktafel für Rosa Luxemburg betroffen.
– Zwischen Mai und September 1990 kommt es zu einer ganzen Welle von Schändungen jüdischer Friedhöfe in der BRD, in Schweden, Großbritannien, Polen, Italien, Frankreich (selbst in Kanada wurden jüdische Gräber beschmiert).
– In der Nr.3/90 des Nachrichtenmagazins «Der Spiegel« wird die Titelgeschichte »Der Drahtzieher/ SED-Chef Gysi« veröffentlicht, in der eine ganze Reihe antisemitischer Klischees zusammengetragen, um den Parteichef zu diffamieren. Laut Zeitschrift »Konkret« wurde er als verschlagener, unsauberer, geldgeiler und kaltintellektueller Winkeladvokat dargestellt. Im November wurde Gysi in einer Wahlkampfveranstaltung in Leipzig mit »Jude raus«-Sprechchören am Reden gehindert.
– Am 7.5.90 warnt der Zentralrat der Juden in Deutschland »vor zunehmendem Antisemitismus in der DDR«.
– Auf einer Veranstaltung am 30.Okto-



ber in Leipzig erzählt die Vorsitzende der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Henny Seidemann, ihr hätten Juden aus Leipzig mitgeteilt, daß sie wieder »auf gepackten Koffern« säßen.

Gesellschaftliche Hintergründe

Gerade vor dem Hintergrund der fast vollständigen Vertreibung und Vernichtung der europäischen JüdInnen, stellt sich die Frage nach den Ursachen dieser Erscheinungen. Zunächst fällt auf, daß die neue Welle des Antisemitismus sich in Verbindung mit einem Anstieg rassistischer Gewalt überhaupt entwickelt, die an Breite und Brutalität zunimmt. Ziele dieser Gewalt sind ImmigrantInnen und Flüchtlinge aus den unterschiedlichsten Ländern und Kontinenten: Mal wendet sie sich gegen PolInnen und RumänInnen, ein anderes Mal gegen AfrikanerInnen und VietnamesInnen. Die Ziele scheinen austauschbar, das zugrundeliegende Menschenbild und die Ursachen für die Gewalt sind gleich.



Die verschiedenen Rassismen bestehen nicht erst seit gestern. Sie existieren schon seit langem in den Köpfen der Menschen und in den Strukturen dieser Gesellschaft. Die Zunahme des Rassismus, in Form staatlicher Politik und in der Gewalt auf der Straße, muß vor dem Hintergrund der momentanen gesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden:

Perspektivlosigkeit und Existenzängste nehmen bei immer größeren Teilen der Bevölkerung zu, angesichts zunehmender Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Stillegung ganzer Produktionszweige und weitreichenden Rationalisierungsmaßnahmen, Wohnungsnot und Mietenexplosion, Abbau von Sozialleistungen, Leistungsdruck und Zerstörung kollektiver Strukturen am Arbeitsplatz und im Privatbereich, weitreichender Umweltzerstörung,...

Die zum Teil dramatischen Entwicklungen lassen sich immer weniger als vorübergehende Erscheinungen deuten. Es wird vielmehr deutlich, daß sie ein fester, struktureller Bestandteil dieser Gesellschaft sind. Kirche, Gewerkschaften, sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien sind sich mit den Unternehmern einig, daß gerade diese Gesellschaft, die kapitalistische Marktwirtschaft, die beste aller möglichen Gesellschaften sei. Der Zusammenbruch des sogenannten real existierenden Sozialismus scheint diese Behauptung zu bestätigen. Ellenbogendenken und Konkurrenzkampf bleiben (angesichts einer schwachen Linken) weitgehend unwidersprochen.

Das Dilemma stellt sich also folgendermaßen dar: Es besteht ein grundsätzliches Spannungsverhältnis zwischen einem Kapitalismus, der grundlegende Bedürfnisse kaum noch befriedigen kann, bzw. der bestehende Widersprüche permanent verschärft und einer fehlenden gesellschaftlich relevanten Alternative. Oder anders ausgedrückt: »Der Kapitalismus ist schlecht, aber wir haben nichts anderes.«

Weil aber nicht sein kann, was nicht sein darf, wird die Bedrohung, die dieses System für die Menschen darstellt, umgelogen zu einer Bedrohung, die von »außen« kommt. (Daß diese Entwicklung im internationalen Rahmen stattfindet, zeigt nur ihr ganzes Ausmaß.)

Rechte Ideologien

Die Aufgabe der Verdrehung übernimmt die rechte Ideologie, wie sie durch die »Neue Rechte« aktualisiert wurde und in immer stärkeren Maße die offizielle Regierungspolitik bestimmt. Mittels Nationalismus und Rassismus wird ein Weltbild entworfen, in dem von den eigentlichen Ursachen der gesellschaftlichen Krise

abgelenkt wird. In ihrem Schatten hat auch der Antisemitismus beste Entwicklungschancen, ist er doch seit über hundert Jahren engstens mit ihnen verknüpft.

Autoren wie Reinhard Kühnl haben darauf hingewiesen, daß die Grundmotive rechter Ideologie in Deutschland vom Kaiserreich bis in die Gegenwart weitergeführt wurden. In ihrem Zentrum stehen zwei Behauptungen: Die eigene Nation befände sich in einem schweren Existenzkampf gegen die anderen Nationen und deshalb müsse das Interesse der eigenen Nation die oberste Leitlinie alles politischen Handelns sein. Entsprechend heißt es heute: »Deutschland zuerst«.Der Begriff Nation wird definiert, wie es in den Kram paßt. Vom völkischen »Blut und Boden« Deutschlands bis zur »Nation Europa« spannt sich der Bogen.

Weiterhin wird behauptet, daß verschiedene Menschengruppen oder Nationen höher- oder minderwertig wären und die Wertigkeit sich aus den »ursprünglichen und unveränderlichen Erbanlagen« ergäbe. Diese Behauptung kann sowohl auf die soziale Struktur innerhalb einer Gesellschaft wie auch auf die Beziehung zu anderen Nationen angewandt werden. Vorhandene Ungleichheiten werden als »natürlich« und unverrückbar gerechtfertigt. Dies gilt u.a. auch für die Rollenzuweisung für Männer und Frauen.

Die Erfindung der jüdischen Rasse

Gleichzeitig zum erstarkenden Nationalismus in Deutschland gegen Ende des letzten Jahrhunderts wurde hier und in anderen europäischen Ländern das Bild einer »nordischen, arischen Herrenrasse« entwickelt, der als ihr fiktives negatives Spiegelbild eine »minderwertige Rasse« gegenübergestellt wurde. Daß es sich bei dem dabei verwendeten Begriff der »Semiten« lediglich um sprachliche und eben nicht »völkische« Gemeinsamkeiten dreht, störte seine Benutzer nicht.

Der Antisemitismus griff den seit dem Mittelalter verbreiteten Judenhass auf. Im mittelalterlichen Europa waren viele JüdInnen Zwischenhändler und Geldverleiher (»Wucherer«). Sie übten diese gesellschaftliche Funktion nicht freiwillig aus. Die Kirche verbot den ChristInnen Zinsgeschäfte und zwang den JüdInnen diese Rolle auf (der Zugang zu anderen Berufen war ihnen weitgehend versperrt).

Der vielfach gehaßte »Wucherer« und Zwischenhändler wurde so mit »dem Judentum« identifiziert. Der durch die Kirche geschürte Haß wurde durch die Absonderung der JüdInnen in eigene Viertel und Ghettos verstärkt. Immer wieder kam es zu Pogromen und Vertreibungen. Seine schein-wissenschaftliche Begründung erhielt der »moderne« Antisemitismus durch den Sozialdarwinismus, der die biologischen Theorien Darwins auf die Gesellschaft übertrug, d.h. Konkurrenzkampf und das »Recht des Stärkeren« propagierte.

Antisemitismus konnte noch stärker als der Rassismus gegen Schwarze dazu herhalten, eine besonders starke Bedrohung des »deutschen Volkes« zu behaupten. Denn JüdInnen weisen keinerlei gemeinsame äußerliche Merkmale auf, die sie von ihrer gesellschaftlichen Umgebung unterscheidet(daher auch der Zwang im Mittelalter u.a. zu besonderen Kleidertrachten), ihre Anwesenheit und ihr Wirken kann also für jeden gesellschaftlichen Bereich behauptet werden.

Diese Konstruktionen gipfelten schließlich in der Nazi-Propaganda von den »jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung« und den geheimen Plänen einer »jüdischen Weltherrschaft«. JüdInnen wurden – in Gestalt des »raffenden Kapitals« (im Gegensatz zum »guten«, »arischen«, »schaffenden Kapital«) – verantwortlich gemacht für die »negativen Seiten des Kapitalismus«. Sie wurden aber auch für die »kommunistische Bedrohung« verantwortlich gemacht.

Schluß

Im Antisemitismus verbinden sich am konsequentesten die ideologischen Motive der Nazis. Oder in den Worten Hitlers:

»Die Propaganda des Antisemitismus ist in allen Ländern das geradezu unentbehrliche Hilfsmittel für die Verbreitung unseres politischen Kampfes.«

Durch die Verknüpfung all dieser Gesichtspunkte werden JüdInnen für die Antisemiten zu »Teufeln in Menschengestalt«, zum Prinzip des Bösen schlechthin. Antisemitismus kann daher umso besser weiterbestehen und wirken, wenn er sich von den Menschen, über die er Aussagen macht, ablöst und vollends abstrakt wird. Neben Verdrängung und mangelnder Aufarbeitung in Deutschland nach 1945, ist das auch eine Erklärung für das Weiterbestehen des Antisemitismus. Die gesellschaftliche Krise, die wir oben skizziert haben, macht ein Erstarken des Antisemitismus denkbar.

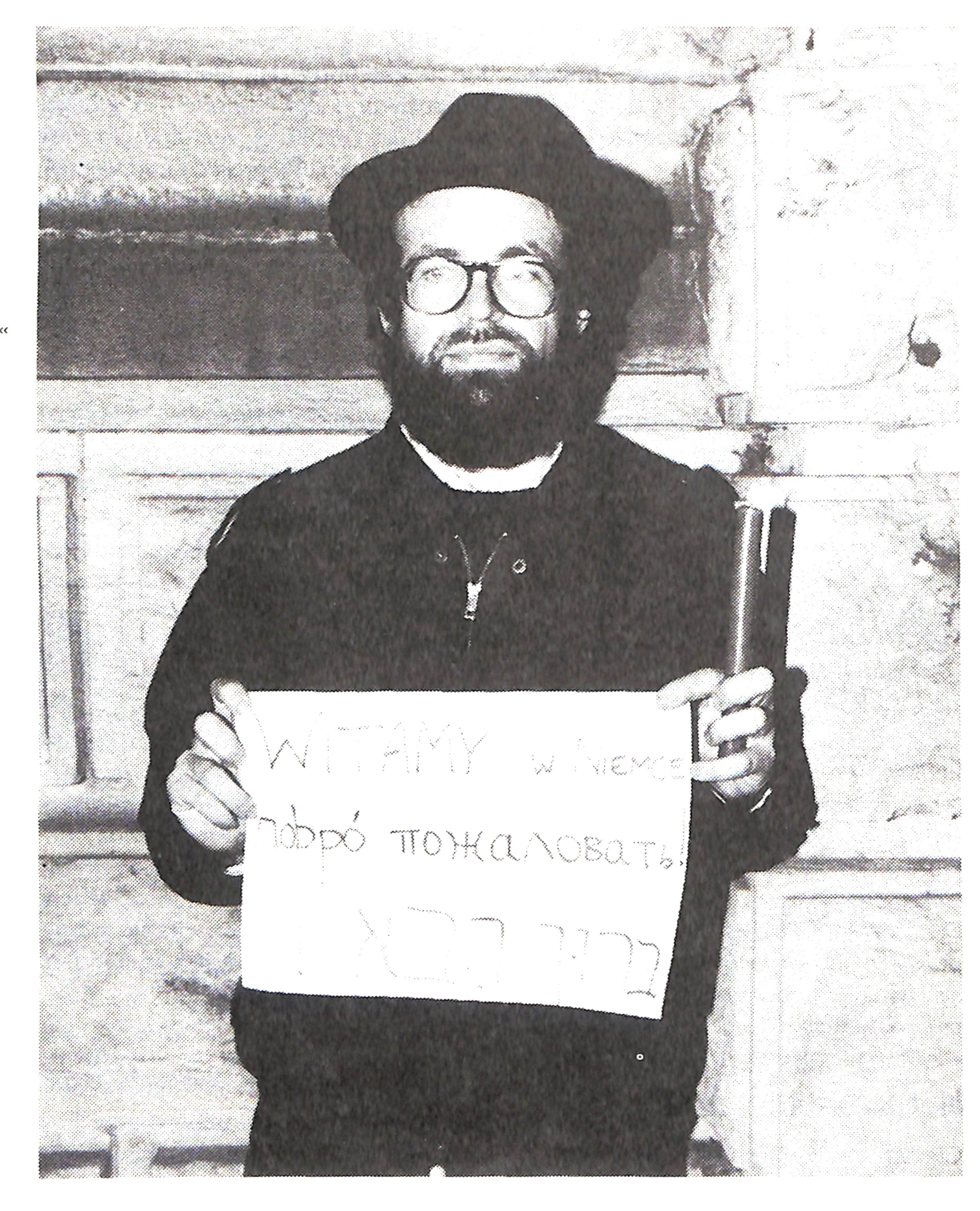
Er kann ideologische Lücken der Rechten schließen, wenn es darum geht, den wachsenden Unmut unter der Bevölkerung über die gesellschaftlichen Verhältnisse umzulenken. Je größer der Bedarf wird, diese Lücken zu schließen, desto gefährlicher wird der Antisemitismus für die Menschen werden.

Die Friedhofsschändungen von heute sind eine Kampfansage an die hier lebenden JüdInnen, die jederzeit zu einer tödlichen Bedrohung werden kann (wie ein Blick nach Osteuropa zeigt). Sie sind aber auch eine Kampfansage gegen alles »gleichmacherische« und »andere«, gegen AusländerInnen, Homosexuelle, Linke,...

Es liegt an uns, diese Gefahr zu erkennen und zu benennen und zu versuchen mit den betroffenen Menschen zusammen dieser Entwicklung entgegenzutreten. ■



Putlitzbrücke: Mahnmal für die deportierten Berliner Juden



»Willkommen in Deutschland«

Anfang des Jahres kamen ca. 300 jüdische Flüchtlinge aus der Sowjetunion nach Berlin. Da sie über den Umweg Israel eingereist sind, droht ihnen nun die Abschiebung.

Antisemitismus in der SU

Mit Beginn der »Perestroika« und der damit einhergehenden »Meinungsfreiheit« können Gruppen wie die Pamjat in der SU offen antisemitische Hetzparolen verbreiten. Die Pamjat propagiert einen militanten großrussischen Chauvinismus, der seine Ideale in der vorrevolutionären Kultur und Vergangenheit des Landes findet. Es wird offen zum Haß gegen Juden und andere nicht-russische Völker aufgerufen. Ein führender Funktionär der Pamjat formuliert ihre Ziele wie folgt: »Das Erwecken des geistigen Selbstbewußtseins der Russen, die Befreiung der Heimat von der judo-satanistischen Bewegung, Wiedergeburt Rußlands auf der Grundlage seiner nationalen und religiösen Tradition«. Schuld an der Situation in der SU seien »nicht eigentlich Kommunisten. Uns ist klar, wer an den Ursprüngen des Kommunismus steht, sowohl der kommunistischen Theorie als auch des tatsächlichen Umbruchs. Es war immer ein und dieselbe Nation: manche Juden, Hebräer, oder einfach nur Jidden. Dies sind alles Synonyme zur Bezeichnung ein und derselben politischen Erscheinung.»

Die sowjetischen Behörden tolerieren Veranstaltungen dieser »Bewegung«. Gleichzeitig häufen sich Überfälle auf Juden und Jüdinnen. Synagogen und Veranstaltungen von ihnen werden angegriffen. Menschen aus der SU berichten, daß sie

ständig in Angst vor bevorstehenden Pogromen stehen. Vor allem Pamjat ruft zu Aktionen gegen jüdische Einrichtungen und Menschen immer wieder auf. So hatten sie z.B. vor einem Jahr in allen Teilen der SU zu einer »Nacht der langen Messer« aufgerufen. Häuserwände werden mit antisemitischen Parolen und gelben Davidsternen beschmiert. Kinder werden in der Schule beschimpft und diskriminiert. Da in den sowjetischen Pässen unter Punkt fünf die Nationalität eingetragen wird – Juden gelten in der SU als Nation – sind auch nicht-orthodoxe Juden und Jüdinnen den Diskriminierungen ausgesetzt. So werden Juden/Jüdinnen bei Bewerbungen gerade für leitende Positionen und an Universitäten oft abgelehnt, was viele von ihnen auf den »Punkt 5« zurückführen.

Viele dieser Menschen flohen auch in die BRD. In Berlin leben zur Zeit ca. 5.000 Juden und Jüdinnen aus der SU. Doch im letzten Herbst wurde es den Herrschenden, die in punkto Israel ihre »besondere Verantwortung« gegenüber den Opfer des deutschen Faschismus betonen, doch zu viel. Die Innenminister diskutierten eine Quotierung für die Flüchtlinge aus der SU, 10.000 Menschen pro Jahr waren im Gespräch. Ende des Jahres gaben die Minister der Länder bekannt, es würde mit den Aufnahmezahlen sehr großzügig verfahren. Bis zum 15. Februar dieses Jahres konnten Juden und Jüdinnen aus der SU relativ problemlos in die BRD kommen. Seit diesem Stichtag müssen sie in der SU bei dem zuständigen Konsulat einen Antrag auf Einreise in die BRD stellen. Dieser wird dann im Einzelfall »geprüft«, was dann schon ein Jahr dauern kann. Dies ist für Menschen, die sich zum Teil in einer lebensbedrohlichen Situation befinden, keine Lösung. Schneller geht die Ausreise nach Israel, dessen Regierung 1950 ein »Gesetz der Rückkehr« beschlossen hat, wonach alle Juden/Jüdinnen das Recht zur Einwanderung haben.

Diesen Weg nahmen zunächst auch die 269 Juden/Jüdinnen, über die in dieser Stadt zum Teil heftig diskutiert wird. Sie gingen zunächst mit der Vorstellung nach Israel, von dort aus in ein Land ihrer Wahl gehen zu können. Doch dies ist nicht so einfach, denn einen israelischen Paß erhalten die Menschen erst, wenn sie schon ein Jahr in Israel gelebt haben. Und ein Paß ist notwendig, um ein Visum für ein visapflichtiges Land zu bekommen.

Während des Golfkrieges konnten Menschen aus Israel auch ohne Visum in die BRD einreisen, so auch die oben erwähnten Juden/Jüdinnen. Nach dem offiziellen Ende des Golfkrieges sollten sie wieder zurück nach Israel. Der Berliner Senat erklärte sie zu »israelischen Touristen«, die unter das »Ausländergesetz« fallen. Ein Touristenvisum gilt drei Monate und kann für weitere drei Monate verlängert werden. Doch die Flüchtlinge gaben auf einer Pressekonferenz bekannt, daß sie nicht freiwillig nach Isarel zurückgehen werden.

Über ihre Beweggründe nach Berlin zu kommen, berichteten sie in Interviews: Letzten Herbst erfuhren sie aus Zeitungen und von Verwandten, daß jetzt auch die BRD jüdische Flüchtlinge aus der SU aufnimmt. Daß dies nur für die gilt, die direkt aus der SU kommen, wußten sie nicht. Dieses Land wäre auf Grund verwandtschaftlicher und kultureller Bindungen ihr eigentliches Ziel gewesen. Mit dem Staat Israel und dessen Politik würden sie sich nicht identifizieren. Als Gründe dafür wurden die israelische Siedlungspolitik und die Angst vor den Folgen der Intifada genannt. Sie seien nicht aus der SU vor einer lebensbedrohlichen Situation geflohen, um dann erneut um ihr Leben fürchten zu müssen.

Als bekannt wurde, daß den JüdInnen die Abschiebung droht, war die Empörung in der Stadt groß. Quer durch alle Parteien wurde gemahnt, daß vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte gerade Juden und Jüdinnen nicht mit Polizeigewalt abgeschoben werden könnten. Innensenator Heckelmann gab »eleganterweise« die Entscheidung an den Bundesinnenminister Schäuble ab. In einem Brief bat er diesen, darüber zu entscheiden ob aus humanitären Gründen den Flüchtlingen eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden kann.

Im April stellte das Sozialamt Wedding, welches für 58 der Flüchtlinge »verantwortlich« ist, die Zahlung der bis dahin gewährten Sozialhilfe ein. Begründet wurde dies damit, daß TouristInnen keine Sozialleistungen zustehen. Gleichzeitig sollten die JüdInnen aus dem Wedding ausgerechnet nach Lichtenberg abgeschoben werden. Lichtenberg ist durch die Weitlingstraße (ehemaliger Hauptsitz der NA) und rassistischen Terror bekannt. Deshalb weigerten sich die Flüchtlinge zweimal in die vorgefahrenen Busse zu steigen, die sie dort hinbringen sollten. Aufgrund der zahlreichen Proteste zahlt das Weddinger Sozialamt seit dem 17. 4. '91 wieder die Sozialhilfe.

In der Zwischenzeit übte Israel massiven Druck auf die Bonner Regierung aus, die JüdInnen nach Israel zurückzuschicken. Benjamin Narvon, israelischer Botschafter in Bonn, sagte dazu: »Warum sollten Juden auch in Deutschland anerkannt werden, wo es doch seit Bestehen des Staates Israel keine jüdischen Flüchtlinge mehr gibt und jeder Jude in seiner alten/neuen Heimat mit offenen Armen empfangen wird.«

Am 14.Mai berichteten die Medien, daß Schäuble eine generelle Aufenthaltsbefugnis aus »humanitären Gründen« ablehnt. In seiner Begründung sagte er dazu: »*...zu Recht kann sich Israel dagegen verwehren, daß früheren sowjetischen Juden die eine Aufnahmezusage für Israel erhalten und dort bereits Aufnahme gefunden haben, eine Weiterwanderungsmöglichkeit nach Deutschland eröffnet wird. Ein solches Unterlaufen der israelischen Einwanderungspolitik führt zu erheblichen Belastungen des deutsch-israelischen Verhältnisses und steht daher im Widerspruch zu den politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland*«. Innensenator Heckelmann versprach, daß die Touristenvisa noch einmal verlängert würden und alle rechtlichen Möglichkeiten noch einmal zu überprüfen. Mittlerweile erhielten die betroffenen Flüchtlinge eine sechsmonatige Duldung.

In diesem Zusammenhang muß auch gesehen werden, daß nach dem neuen »Ausländergesetz« alle generellen Abschiebestopps, die die einzelnen Bundesländer bis zum 31. 12. '90 erlassen hatten, ab dem 1. 7. '91 ungültig werden. Eine neue Entscheidung, bzw. eine Verlängerung ist dann nur noch im Einverständnis mit der Bundesregierung möglich. Viele Flüchtlinge, die bisher auf Grund der Situation im Herkunftsland (Krieg, Verfolgung, Katastrophen) hier geduldet wurden, ab dem 1. 7. von Abschiebungen bedroht sind. Es wurde viel über das neue »Ausländergesetz« geredet und geschrieben, doch zu praktischen Schritten hat es bisher kaum gereicht. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir künftige Abschiebungen wirksam verhindern können.

Bleiberecht für alle!
Weg mit dem rassistischen, sexistischen Ausländergesetz!

Zur jüngsten Entwicklung der israelischen Siedlungspolitik

Seit Beginn der militärischen Niederlage des Iraks wird deutlich, daß die USA im Nahen Osten eine Neue Ordnung zur Wahrung ihrer Interessen in der Region schaffen wollen. Daß sie sich dabei als großer »Friedensinitiator« aufspielen, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es ihnen nur um die politische Stabilisierung der Region in ihrem Sinne und nicht um die Lösung der bestehenden Konflikte geht. Was die USA gerne als humanitäre Tat darstellen, hat letztendlich zum Ziel, den eigenen Einfluß in der Region zu verstärken, unter anderem um sich den freien Zugang zu den Erdölreserven zu sichern.

Um ihrem Ziel näher zu kommen, versuchen die USA eine »Friedenskonferenz« ins Leben zu rufen, die einen Ausgleich zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten schaffen soll. In diesem Zusammenhang wurde u.a. die Losung »Land gegen Frieden« aufgestellt, in der es um die 1967 von Israel besetzten Gebiete geht, also die Golanhöhen, den Ghaza-Streifen, das Westjordanland.

Einer der Gründe hierfür ist die seit Dezember 1987 andauernde Intifada (Volksaufstand der PalästinenserInnen in Ghaza und der Westbank), die zu einem verstärkten Druck auf die israelische Regierung führte. Daß es sich bei der »Land-gegen-Frieden«-Losung nur um eine vorgeschobene Diskussion und nicht um einen Lösungsversuch im Sinne des palästinensischen Volkes handelt, belegen die Tatsachen, daß zum Einen unter Ausschluß der PLO verhandelt werden soll, zum Anderen, daß die USA bis dato die Siedlungspolitik der israelischen Regierung unterstützt.

Doch gerade in Bezug auf die 1967 besetzten Gebiete ist die israelische Regierung nicht bereit, Zugeständnisse gegenüber den arabischen Nachbarstaaten zu machen – geschweige denn gegenüber den PalästinenserInnen. Dies ist auch nicht überraschend, da die Weichen für die Zukunft dieser Gebiete schon vor der »Kuwait-Krise« eindeutig gestellt wurden. Durch eine verstärkte Siedlungspolitik werden unverrückbare Tatsachen geschaffen.

Viele Jüdinnen und Juden wollten sich, trotz Steuer- und anderen Vergünstigungen, nicht in diesen Gebieten niederlassen. Dies lag zum einen daran, daß ein Teil dieser Menschen die Regierungspolitik bezüglich dieser Gebiete nicht unterstützen wollte, zum anderen an der Angst, auf einem Pulverfaß zu sitzen. Aber auch im sogenannten Kernland von Israel wollten viele Juden und Jüdinnen nicht bleiben, da sie keine Lust hatten, mit dem Gefühl der permanenten militärischen Bedrohung durch die arabischen Nachbarstaaten (ausgelöst durch die aggressive Expansionspolitik der israelischen Regierung) zu leben. Dies führte dazu, daß die Auswanderungszahlen im Vergleich zu den Einwanderungszahlen, relativ hoch waren.



Israelische Siedler in den besetzten Gebieten

Diese Situation verscharfte sich 1982 mit Beginn der israelischen Wirtschafts-krise, die zu hoher Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen und dem enormen Anstieg der Inflationsrate (1985: 440%) führte. Die daraus resultierende gesellschaft- liche Unzufriedenheit und Existenzangst vieler Judinnen und Juden hatte den weiteren Anstieg der Auswanderungszahlen zur Folge, so daß diese Mitte der 80er Jahre sogar die Einwanderungszahlen überstiegen.

Mit Beginn der Intifada im Dezember '87 wurde die Unzufriedenheit innerhalb der israelischen Gesellschaft forciert. Die steigende Angst der jüdischen Bevolkerung aufgrund der Auseinandersetzungen und das brutale Vorgehen der israelischen Regierung gegen die Aufständischen fuhrte letztendlich zur Spaltung der israelischen Gesellschaft. Auf der einen Seite diejenigen, die das harte Vorgehen der Regierung begrüßten, auf der anderen Seite diejenigen, die die Intifada als Signal zum Umdenken der israelischen Regierungspolitik gegenüber den nichtjüdischen AraberInnen deuteten. So waren laut einer Umfrage 1988 57% der Israelis zu territorialen Kompromissen bereit.

Wie die Wirtschaftskrise, beeinflußte auch die Intifada die Einwanderungs-/ Auswanderungsquote. Hatte sich das Verhältnis nach 1985 wieder leicht zugunsten der Einwanderung geändert, stiegen 1988 die Auswanderungszahlen wieder an.

Vor diesem Hintergrund war eine massive Siedlungspolitik seitens der israelischen Regierung in den 67 besetzten Gebieten logischerweise nicht realisierbar. Diese Situation änderte sich jedoch 1988 mit dem Beginn einer starken Ausreisewelle sowjetischer Judinnen und Juden. Der in der UdSSR ein bedrohliches Ausmaß annehmende Antisemitismus ließ den dort lebenden Judinnen und Juden keine Alternative mehr zur Emigration. Zum Unmut der israelischen Regierung zogen jedoch 1988 96% der sowjetischen Judinnen und Juden ein anderes Land vor. Dies galt insbesondere für die USA, was dazu führte, daß auf Wunsch Israels die USA Ende der 80er Jahre die bis dahin bestehenden Einreisebestimmungen für Jüdinnen und Juden änderte. (Dies gilt mittlerweile auch für die BRD; s. folgender Text). Nunmehr werden sie nur noch mit Arbeitsnachweis oder Angehörigen in USA aufgenommen. Darum ist es nicht uberraschend, daß die Einwanderungszahlen in Israel stark anstiegen. So bescherte das Jahr '90 mit ca. 200.000 Menschen Israel die größte »Alija« seit 1951.

Daß von den 200 000 Jüdinnen und Juden 95% aus der UdSSR kamen, unterstreicht deren Bedeutung für die israelische Regierungspolitik; so heißt es in bestimmten zionistischen Kreisen »wir brauchen die sowjetischen Juden mehr als sie uns.« (AK Nr. 329, S.20).

Nunmehr waren also genug Menschen vorhanden, um die Pläne der israelischen Regierung, die seit 1967 besetzten Gebiete massiv zu besiedeln, zu verwirklichen.

Zur Fundamentierung der israelischen Bestrebungen trug dann der Golfkrieg Anfang des Jahres bei, denn Israels »Politik der Zurückhaltung« forderte ihren Lohn. Nach dem ersten irakischen Raketenangriff flog Israels Finanzminister Yitzak Modai in die USA, um Unterstützungsforderungen finanzieller Art zu stellen. Die geforderte Summe, ca. 10-13 Milliarden US-$, sollte jedoch nicht in erster Linie der Beseitigung der enstandenen Schaden dienen, sondern der Integration der sowjetischen Judinnen und Juden, fur die mit Hilfe der US-Zahlungen Wohnungen gebaut werden sollen. Wo diese entstehen sollen, belegen die Plane der israelischen Regierung der letzten vier Monate. So wurde schon im Februar der Neubau von 12 000 Hausern fur ca. 5000 Menschen in den seit 67 besetzten Gebieten geplant. Ferner wurden für 1991 1,1 Mrd. US-$ für den Bau bzw. Ausbau von Siedlungen in diesen Gebieten bereitgestellt.

Ziel der israelischen Politik ist es, laut Wohnungsbauminister Sharon (bekannt als einer der härtesten Verfechter israelischer Expansionspolitik), die Zahl der in den seit 67 besetzten Gebieten lebenden Israelis in nächster Zukunft zu verdoppeln. Damit wäre jede/r zehnte EinwohnerIn in diesen Gebieten Jude/Judin, ein Bevölkerungsanteil, der in der Vergangenheit als Grenze genannt wurde, ab der es keinen Rückzug mehr geben wird.

Jungste Planungen von Gesetzesänderungen belegen die Zielstrebigkeit dieses Vorhabens. So sollen Neueinwanderer ihren Wohnort nicht mehr frei wählen können, sondern sich in von der Regierung bestimmten Gebieten ansiedeln – also in den von Israel besetzten Gebieten.

Die Situation Israels gestaltet sich demnach »gunstiger« denn je, vor allem, wenn in Betracht gezogen wird, daß Israel innerhalb der nächsten fünf Jahre mit ca. 1.000.000 Juden und Judinnen allein aus der Sowjetunion rechnet.

Antipolnische Ausschreitungen in Frankfurt/O



Übergriffe bei der Grenzöffnung zu Polen

Frankfurt/O: Als am 8. April '91 die polnisch-deutsche Grenze endlich wieder für die Menschen aus beiden Länder visafrei zu überqueren war, griffen Neonazis entlang der Oder die polnischen Touristen an. In Frankfurt/Oder, Görlitz und Guben kam es zu größeren Zusammenrottungen, die nur sehr zögerlich von der Polizei aufgelöst wurden. Inzwischen ist der Alltag eingekehrt, doch die Übergriffe gehen weiter. Noch immer postieren sich Nazis an der Grenze gegen die BesucherInnen aus Polen, am 25. Mai versuchten sogar 200 Hooligans des FC Berlin die Frankfurter Oderbrücke zu stürmen.

Die Stimmung wurde schon im Vorfeld aufgeheizt, allen voran die Springerpresse und Berlins Innensenator Heckelmann. Er behauptete, daß eine Zentralkartei für Polen notwendig sei, um die steigende Straßenkriminalität, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zu bekämpfen. Der Stadtrat von Görlitz ließ Handzettel an die polnischen TouristInnen aushändigen, daß Straßenhandel in der Stadt illegal sei...

Die über 100 Faschisten in Frankfurt blockierten die »Brücke der Freundschaft« über eineinhalb Stunden und überfielen Frankfurter BürgerInnen, die den Gästen aus Polen Blumen überreichen wollten. Die nur 20-30 Polizisten mußten erst auf Verstärkung aus Eisenhüttenstadt warten, um die Grenze zu öffnen. Die Hinweise, daß es zu Zusammenrottungen von Nazis kommen würde, wurden ignoriert. Danach machten die Faschisten Jagd auf polnische PKWs und Busse, ausgerüstet mit Sprechfunkgeräten und Baseballschlägern. Laut Angaben von Antifas aus Frankfurt waren extra 2 Reisebusse angereist, um die Nazis der Stadt an diesem Tag zu unterstützen. Es war auch Bundesgrenzschutztruppen in der Stadt, die extra mit Hubschraubern eingeflogen worden sind, doch sie hatten dann ihren Einsatzbefehl »vergessen«. Nach Polizeiangaben umfasst die rechtsextremistische Szene der Stadt etwa 200 Personen. Nach den Schätzungen der Linken kommen noch einmal 100-150 Leute aus dem Umbzw. Rekrutierungsfeld hinzu. Die Szene ist ähnlich strukturiert wie in vielen anderen Ex-DDR Städten: Es gibt eine Minderheit von älteren offenbar fester organisierten Nazis und eine Mehrheit von sog. »Kinderfaschos« im Alter von 14-18 Jahren. Von ihnen geht die Mehrzahl der gewalttätigen Übergriffe auf AusländerInnen und Linke aus, sowie die Provokationen an der Grenze. Unter den Älteren,die den Kern der Szene bilden, befindet sich auch Andreas Anke, ein Gründungsmitglied der **Nationalen Alternative**'. Nach Einschätzungen der Frankfurter Antifas ist davon auszugehen, daß die Nazi-Szene mittlerweile bewaffnet ist – in den Wäldern um Frankfurt ist eine Kalschnikow für 300 DM plus einer Flasche Vodka zu erwerben.

Die Antifa versuchen weiter dem Terror etwas entgegenzusetzen. Das von ihnen besetzte Haus in der Görlitzerstraße wird nach erfolgreicher Gegenwehr nicht mehr überfallen. Nun wollen sie eine Schülerantifa aufbauen, um der Rekrutierung der Nazis an Frankfurter Schulen etwas entgegenzusetzen.

Guben: Der 40-50 Personen starke Kern der Gubener Faschoszene orientiert sich mehrheitlich an der '**Nationalistischen Front**', doch auch bei Aufmärschen des (Ex-) Kühnen-Flügels sind sie anzutreffen (siehe Photo). Dazu kommt ein Umfeld von 150 jüngeren Leuten. Gegen einen Mitinitiator der Grenzblockade am 8. April, den Bäckermeister 'Dreißig', wird inzwischen ermittelt. Er unterhält Kontakte zur '**Wiking Jugend**' und ist Mitbegründer der örtlichen '**DSU**'. Nach der Grenzblokkade fand noch eine antipolnische Faschodemonstration statt. ■

V.l.n.r.: Holger Schmidt / ... / Kai.../ Jörg (René) Melzer / Marcel Knappe / Andreas Greenka / Ingo Deckert



Polen, ein Land auf dem Weg zum »3. Welt-Land«?

Als in der Nacht vom 7. zum 8. April 1991 polnische BürgerInnen mit Rufen wie »Deutschland den Deutschen«, »Polen raus «und »Heil Hitler« sowie durch Sitzblockaden von Faschos daran gehindert wurden, über die Oderbrücke in das neue Deutschland zu gelangen, war das für manche keine neue Erfahrung. Seit Monaten werden immer wieder militante Angriffe bekannt: Polen werden überfallen, zusammengeschlagen; Faschos versuchen, die polnische Grenze zu stürmen; in einem Zug von Leipzig nach Lublin werden die Fahrgäste bedroht, ihnen die Taschen aus dem Fenster geworfen und auf dem grenznahen Bahnhof Löbau kommt ihnen auch nach Hilferufen niemand zu Hilfe.

Die Geschehnisse des 7./8. Aprils anläßlich der Aufhebung der Visapflicht für Polen und Polinnen sind also qualitativ nichts neues, aber gerade der Weg, wie es dazu kam, macht noch einmal deutlich, wie offensichtlich und widerspruchslos in deutschem Lande der Haß gegen Polen geschürt werden kann.

Schon Tage vorher konnte man in der Presse von dem zu erwartenden »polnischen Ansturm« und den »unerträglichen Straftaten, Beschmutzungen und Belästigungen« lesen. Das Innenministerium richtete anläßlich der Visafreiheit ein Strafregister für Polen ein, wo durch Paßeintragungen sichergestellt werden soll, daß »Straffällige« die Grenze nach Deutschland nicht mehr überschreiten können.

Obwohl es Hinweise darauf gab, daß die Faschos nach Frankfurt/O mobilisierten, setzte die Polizei kaum zusätzliche Beamte zum Schutz der polnischen Gäste ein; die BürgerInnen von Frankfurt/O machten Hamstereinkäufe, um in den nächsten Tagen »nicht auf die Straße gehen zu müssen«.

So wurde dem Tag der Aufhebung der Visapflicht für Polen entgegengesehen. Nirgendwo, auch nicht von Seiten der Linken, wurde öffentlich die Visafreiheit positiv erwähnt, nur eine kleine Gruppe von Leuten begrüßte eintreffende Polen und Polinnen am Morgen des 8.Aprils am Bahnhof Lichtenberg.

Existiert auch innerhalb der westdeutschen Linken bei vielen das Bewußtsein über die Notwendigkeit der internationalen Solidarität, so bezieht sich diese Solidarität im allgemeinen auf die Menschen der Trikont-Staaten (die sog. 3. Welt-Länder). Über diese Länder wird viel gesprochen und ein Grundwissen über die dort herrschende Lebenssituation ist oft vorhanden; das angrenzende Polen ist für viele hingegen sehr fremd und die Ereignisse dort interessieren nur wenige.

Dieser Umstand ist umso schlimmer, bedenkt man, daß Polen seit Eintritt in die »freie« Marktwirtschaft einen, vom IWF und Weltbank diktierten Weg beschreitet, der eine immer breiter werdende Armut mitsichbringt und der das Land einer Situation näherbringt, die die der Trikont-Staaten ähneln wird.

Das Gemisch aus großdeutschen Gelüsten der Nazis und dem jahrhundertalten und immer latent existierenden Polenhaß der Deutschen stellt in Zeiten der sozialen Verunsicherung eine Gefahr dar, der sich auch AntifaschistInnen zu stellen haben. Ein Anfang dafür kann die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Land Polen sein.

Wirtschaftliche und soziale Veränderungen in Polen

Hatte man früher in Bezug auf Polen das Bild von schlangestehenden Menschen vor fast leeren Läden im Kopf, so stellt sich nun einem ein anderes Bild dar: Die Regale in den Geschäften sind voll, von der Kiwi bis zur Milka-Schokolade ist alles zu haben, nur – die Käufer fehlen. Seit Wirken der IWF- Auflagen, die u.a. die Aufhebung der Preiskontrolle und der staatlichen Subvention von Grundnahrungsmitteln zur Folge hatte, kann kaum ein Pole die angebotene Ware kaufen. Mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von umgerechnet 230 DM (für RentnerInnen 95 DM) ist es viel, wenn ein halber Liter Milch 50 Pf. und ein Brot 60 Pf. kostet. Dazu kommen die in die Höhe schnellenden Mieten. Seit Dezember letzten Jahres können Ausländer Immobilien erwerben, was insbesondere von ausländischen Firmen dankend angenommen wird. Das Ergebnis hiervon ist, daß Wohnungen in Polen inzwischen zum Teil teurer sind als in Westeuropa und daß die Zahl der Obdachlosen auf eine halbe Million geschätzt wird.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht natürlich das Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Mit der Zahl von 1,3 Millionen Erwerbslosen ist sie bereits dreimal so hoch, wie vorher angenommen wurde. In manchen Städten liegt die Arbeitslosenquote bei bis zu 20%. Die Sozialkassen sind leer, Polen ist nicht mehr in der Lage, seine Erwerbslosen zu finanzieren. Zur Zeit erhält man als Abeitslosenunterstützung drei Monate 70% des Gehalts. Hat man jedoch weniger als drei Monate an einer Arbeitsstelle gearbeitet, so erhält man ein Zehntel des Durchschnittslohns, was ungefähr den Gegenwert von 3 Kilo Schinken hat, aber selbst dieses Zehntel soll jetzt gestrichen werden.

Die Situation der Frauen

Besonders hart betroffen von den wirtschaftlichen Veränderungen sind die Frauen. Schon zu Zeiten der Volksrepublik

Zu den allgemeinen Vorurteilen gegenüber den Polen gab es speziell für DDR-BürgerInnen Situationen, die zusätzliche Vorurteile entstehen ließen.

Nachdem im Jahre 1980 die wirtschaftliche Situation in Polen so schlecht geworden war, das sich die ArbeiterInnen entschlossen zu streiken und damit eine politische Umwälzung in Gang brachten, wurde von Seiten der DDR die Grenzen dicht gemacht.

Somit war eins der beiden Länder, in das Leute aus der DDR visafrei reisen durften, gestorben. Über die Medien wurde verbreitet, daß in Polen eine militärische Konterre-volution geplant gewesen wäre, deswegen der Ausnahmezustand ausgerufen worden wäre und so lange es dabei bliebe, wäre es für die Sicherheit der DDR-Bürger besser, wenn sie da nicht hinfahren würden. Und damit sich diesem Ratschlag auch niemand widersetzt, wurde es halt kurzerhand verboten.

Der Großteil der Bevölkerung gab an dieser Tatsache den Polen die Schuld, die »ihr eigenes Land kaputtgestreikt haben und danach nicht wichtigeres zu tun gedenken, als mit Hilfe von Gastarbeitsverträgen auch noch die DDR-Wirtschaft kaputtzustreiken«.

Hinzu kam der Neid auf die Polen, die einigermaßen frei reisen durften. Als ebenfalls entscheidender Punkt kam hinzu, daß den Polen verübelt wurde, wenn sie sich in der DDR die Waren kauften, die sie bei sich nicht bekamen bzw. die bei ihnen teurer waren. Denn die einfachste Erklärung dafür, warum es verschiedene Waren in Polen nicht oder nur selten zu kaufen gab war ja, daß die entsprechenden Betriebe kaputtgestreikt wurden oder durch Streiks eine verminderte Produktionsfähigkeit hatten. ■

mußten sie mitarbeiten, da ein Lohn noch nie ausreichte, um eine Familie zu ernähren. Jedoch waren sie weniger als heute der Dreifachbelastung von Beruf, Haushalt und Kindererziehung ausgesetzt, da Krippenplätze vorhanden und auch billig waren.

Jetzt müssen sie die Erfahrung machen, daß der Lohn des Ehemannes noch weniger als früher für die Familie ausreicht, Frauen jedoch nur eine geringe Chance haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Überall in Polen ist die Zahl erwerbsloser Frauen sehr viel höher als die der Männer, bei Schulabgängerinnen liegt sie inzwischen bei 60%. Ein Grund hierfür ist, daß vor allem die Branchen von Entlassungswellen betroffen sind, in denen traditionell mehr Frauen arbeiten. Hier ist als Beispiel die Textilindustrie zu nennen.

Ein weiterer Grund ist, daß zur Zeit noch die sozialen Absicherungen aus der Zeit der Volksrepublik gültig sind und daher Frauen ungern beschäftigt werden. Nach diesen Bestimmungen haben schwangere Frauen Anrecht auf 16 bis 18 Monate Schwangerschaftsurlaub, Mütter erhalten zwei zusätzliche Ferientage pro Jahr, und einer der beiden Erziehungsberechtigten kann einen dreijährigen Erziehungsurlaub beantragen, wobei das Erziehungsgeld aus der Sozialversicherung gezahlt wird und wo nach Ablauf der drei Jahre der Anspruch auf den alten Arbeitsplatz besteht. Neben diesen Gründen spielt mit Sicherheit eine Rolle, daß im katholischen Polen natürlich in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Heim-und-Herd-Ideologie verstärkt in den Vordergrund tritt.

Warenschmuggel und »Polenmarkt«

Um die eigene wirtschaftliche Situation aufzubessern, haben im letzten Jahr eine Anzahl von Polen den Versuch unternommen, in diverse wirtschaftliche Lücken zu gelangen, um auf diese Weise legal oder illegal an Geld zu kommen.

Die Reise nach Berlin auf den sogenannten Polenmarkt war eine Möglichkeit, der Verkauf von Aldi-Waren auf den kleinen polnischen Märkten eine andere. Es ist aber kein Zufall, daß am 8. April kaum ein Pole oder eine Polin die Möglichkeit, visafrei in die BRD einzureisen, genutzt hat: eine Reise aus geschäftlichen Gründen lohnt sich nicht mehr. Waren früher Züge, die für 800 Personen bestimmt sind, mit bis zu 2.800 Reisenden besetzt, so sind die Züge inzwischen fast leer, da eine Fahrkarte für sie nach Berlin derweilen mehr als doppelt soviel kostet, wie für Deutsche in umgekehrter Richtung. Auch der Verkauf von Aldi-Waren auf den kleinen polnischen Märkten lohnt sich nicht mehr, da West-Firmen inzwischen direkt nach Polen liefern und die Waren billiger abgeben können. So, wie es früher nur im Handel mit Trikont-Staaten üblich war, so sind es nun die Polen, die verbilligte, vom Verfallsdatum bereits abgelaufene Waren erhalten.

Die kleinen Märkte sind in den großen Städten wie Warschau und Lublin inzwischen zu großen Teilen von SowjetbürgerInnen übernommen worden. Ähnlich unseres »Polenmarktes« werden hier aus der SU eingeschmuggelte Waren verkauft. Beim derzeitigen Wechselkurs können hier SowjetbürgerInnen an einem Tag ein Monatsgehalt entsprechend ihres Heimatlandes verdienen. Ist auch ein immer stärker werdender Haß gegen die Menschen aus der Sowjetunion in Polen zu erkennen, so kauft die polnische Bevölkerung doch gerne auf diesen Märkten ein, denn die Preise sind günstig, die selbe Ware könnten sie in einem Geschäft zum Teil gar nicht mehr bezahlen.

Spricht man auch seit mehreren Jahren schon von der »neuen Armut« in der BRD, so wird mit Anschluß der DDR nun wohl noch deutlicher, daß wir in den nächsten Jahren viel verstärkter als früher mit Armut in unserer Bevölkerung konfrontiert sein werden. Bei vielen löst das Angst aus, Angst vor dem sozialen Abstieg oder lediglich vor der Möglichkeit, etwas vom eigenen Reichtum abgeben zu müssen. Wie einfach ist es in dieser Situation, wieder einmal eine andere Bevölkerungsgruppe für die eigene Situation schuldig zu nennen, besonders wenn man meint, sogar eindeutige Beweise dafür aufzählen zu können: die Polen, die alles bei Aldi wegkaufen oder die als Schwarzarbeiter einem die Arbeit wegnehmen. Es ist die Aufgabe von AntifaschistInnen, aufzuklären über die Situation der Polen und Polinnen in ihrem und unserem Land, um mehr Solidarität zwischen Deutschen und Polen zu schaffen und die wahren Ursachen für die anwachsende Armut zu nennen.

Für Polen selber bleibt nur zu hoffen, daß das polnische Sprichwort »Wenn zwischen zwei Brotscheiben nichts liegt, was sie zusammenklebt, dann streiken die Polen« wahr bleibt. ■

Gladio in Belgien

Der Belgische Senat gibt Garantien, daß die Gladio-Agenten in Belgien nicht enttarnt werden. Das Gladio-Netz, der illegale Arm der NATO, existiert in Belgien seit 1951.

Die Garantie für die Nichtenttarnung wurde von einem Offizier der SDRA 8 in einer Rundfunkbotschaft an die Agenten übermittelt. Die SDRA8 gilt als der belgische Flügel der internationalen Gladiostruktur. Politiker, die sich nicht mit der 3-monatigen Regierungsuntersuchung zufrieden gaben, stießen auf den hartnäckigen Widerstand von Albert Raes, Chef der SDRA 8 und Bernard Legrand, dem Leiter des militärischen Geheimdienstes. Diese beiden rechten Offiziere besitzen zwei Hälften eines geheimen Codes, mit dem allein die gesamte Gladiostruktur in Belgien aufgedeckt werden kann.

Im vergangenen Jahr wurde die Existenz der neofaschistischen Gruppe G bekannt, die Bomben- und Mordanschläge und Raubüberfälle durchführte. Die Gruppe G rekrutierte sich aus Leuten aus Armee und Polizei und schien Verbindung zu Gladio und SDRA 8 zu haben.Den Faschisten der Gruppe G ging es darum, mit ihren Aktionen das politische Klima zugunsten einer autoritären Diktatur zu verschärfen. Auf sie gehen wohl die Supermarktüberfälle in Brabant Anfang der 80er Jahre zurück, wo mit Schüssen aus Maschinenpistolen 28 Menschen getötet wurden.

Es ist schwer vorstellbar, daß Operationen solchen Ausmaßes stattfinden konnten ohne das Wissen der Verantwortlichen im Militär- und Staatsapparat bzw. ohne daß diese sich ihren Reim daraus machen konnten. So müssen solche Aktionen wie die Supermarktüberfälle der Gruppe G von ihnen zumindest »geduldet« worden sein. Die SDRA 8 wehrt sich gegen Vorschläge, eine Liste mit den Geburtsdaten ihrer Gladio-Agenten auszuhändigen. Die sollte dazu dienen, sie mit den Daten der Tatverdächtigen gegenzuchecken. ■

Bulgarien

Der Bulgarische Staat begann im April mit der Deportation von 7000 VietnamesInnen. Dies geschah in einer panischen Reaktion auf die rassistischen Angriffe, denen die vietnamesischen ArbeiterInnen jetzt ständig ausgesetzt sind. Im Anschluß an einen dieser Überfälle hatte die Polizei in Sofia zwei Vietnamesen erschossen. Ähnlich wie in den anderen ex-Ostblockländern und der ehemaligen DDR hat der Großteil der 13.000 VietnamesInnen in Bulgarien seine Arbeitsplätze verloren und steht ohne staatliche Unterstützung dar. ■

Rassistische Einwanderungspolitik

In der Schweiz und in Österreich kommt es zu einer »Militarisierung der Asylpolitik«. In Österreich macht das Militär bereits an der ungarischen Grenze Jagd auf »illegale Einwanderer«. In der Schweiz wird die Grenzpolizei durch Armeeinheiten verstärkt, damit der Schweizer Staat nicht über seine jährliche Quote von 25.000 Asylsuchenden hinaus gerät. ■



STIMME AUS DEM SUMPF



„Dreitausend Jahre konsequenter Inzucht beweisen die Überlegenheit meiner Rasse!“